

**„DEMOKRATIE
BRAUCHT
DEMOKRATEN“**

Friedrich Ebert



**STUDIENFÖRDERUNG
ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE
AUFGABE**

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**



„Demokratie braucht Demokraten“

Friedrich Ebert

Studienförderung
als gesellschaftspolitische
Aufgabe



© Museum Neuköln

Impressum

ISBN 978-3-89892-850-2

1. Auflage

© 2015 Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Studienförderung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Herausgeberin
für die Abteilung Studienförderung:
Henriette Hättich

Konzeption, Texte und Bildauswahl:
Henriette Hättich
Dr. Rüdiger Zimmermann

Fotos Titel:
© SPD-Fraktion Ludwigshafen;
Gabriele Gehlen; Tarek Noor

Gestaltung:
Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Katalogdruck:
Media-Print Informationstechnologie GmbH,
Paderborn

Ausstellungsproduktion:
Thamm GmbH, Bonn

Printed in Germany 2015



Inhalt

Vorwort Pia Bungarten	7
„DEMOKRATIE BRAUCHT DEMOKRATEN“ Die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung von 1925 bis 1933 Dr. Rüdiger Zimmermann	9
STUDIENFÖRDERUNG ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE AUFGABE Die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung nach 1947 Henriette Hättich	37

Diese Ausstellung wurde anlässlich des 90. Jubiläums
der Friedrich-Ebert-Stiftung 2015 erstellt.



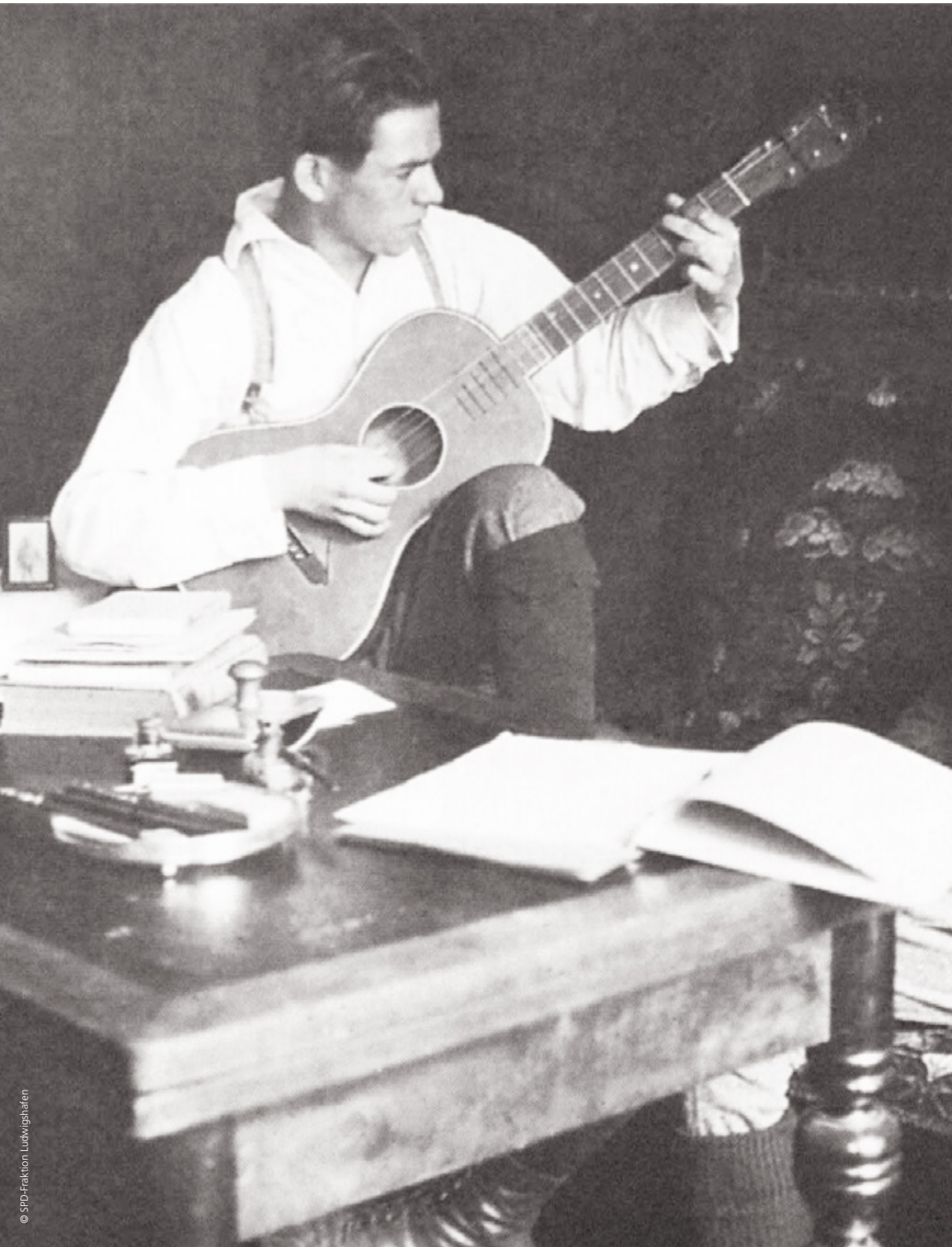
VORWORT

In diesem Jahr feiert die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ihre Gründung vor 90 Jahren. Am 2. März 1925 wurde die Stiftung kurz nach dem Tod Friedrich Eberts zu dessen Ehren ins Leben gerufen. Gründungszweck war die Unterstützung begabter und bedürftiger Studierender durch Stipendien. Das Jubiläum der FES ist also zugleich das Jubiläum der Studienförderung, die als Stiftungsaufgabe noch heute besteht. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die politische und gesellschaftliche Bildung zur Förderung von Demokratie und Pluralismus, die historische und politische wissenschaftliche Arbeit sowie die internationale Zusammenarbeit hinzu. Der Aufbau der Demokratie in der Weimarer Republik war Friedrich Ebert als erstem Reichspräsidenten ein Kernanliegen, wobei er auch persönlich unter den antidemokratischen Kräften zu leiden hatte. Als Titel für diese Jubiläumsausstellung wählten wir deshalb sein berühmtes Zitat: „Demokratie braucht Demokraten“.

In dieser Ausstellung wollen wir die 90-jährige Geschichte der FES-Studienförderung darstellen und aufzeigen, dass das Vermächtnis aus der Gründungszeit, durch die Förderung von demokratisch gesinnten und engagierten Studierenden zu einem stabilen demokratischen Gemeinwesen beizutragen, für die FES auch heute noch relevant ist. Eine Demokratie ist nichts, was man hat, sondern etwas, das man sich stets erarbeiten muss. Die Förderung von jungen Menschen mit gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein, die sich für eine soziale Demokratie engagieren, ist deshalb nach wie vor die Aufgabe der FES-Studienförderung. Bildung befähigt dazu, sich kritisch und mündig an Politik zu beteiligen. Deshalb ist es uns wichtig, dazu beizutragen, Bildungsbarrieren abzubauen. Denn eine Demokratie hat nur dann echte Überlebenschancen, wenn sie auf Inklusion und Partizipation ausgerichtet ist, wenn sie Chancengleichheit für alle anstrebt und allen ermöglicht, ihr Potenzial zu entfalten.

In der Ausstellung mischt sich Biographisches mit politischen Entwicklungen. So wird die Zeit von 1925 bis zum Verbot der Stiftung 1933 vor allem durch die Biographien einzelner Stipendiaten dargestellt. Aufgrund des Verlustes von Unterlagen aus dieser Zeit war die Rekonstruktion der Tätigkeiten der FES hier eine große Herausforderung. Nach der Wiedergründung 1947 und vor allem ab der Eintragung als Verein 1954 entwickelte sich die FES von einer durch Spenden getragenen privaten Stiftung zu einer gemeinnützigen Organisation, die einen Großteil ihrer Aufgaben durch öffentliche Mittel finanziert. Die genaue Dokumentation der Arbeit seit dieser Zeit erlaubt es, die Entwicklung von Stipendienzahlen sowie der unterschiedlichen Förderprogramme und Tätigkeitsbereiche darzustellen. Ich danke Henriette Hättich und Rüdiger Zimmermann für die Textbeiträge und Bildauswahl sowie der FES-Bibliothek für die konzeptionelle Zusammenarbeit und Unterstützung. Beim Lesen des Katalogs wünsche ich Ihnen viel Freude.

Pia Bungarten,
Leiterin der Abteilung Studienförderung der FES



„DEMOKRATIE BRAUCHT DEMOKRATEN“

DIE STUDIENFÖRDERUNG DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG VON 1925 BIS 1933

AUS KLEINEN ANFÄNGEN

„Die Friedrich-Ebert-Stiftung bewilligte mir ein Stipendium. Es war unsagbar, was in mir vorging, Traum und Wirklichkeit umarmten mich.“ Mit diesen eindrucksvollen Worten beschrieb der ehemalige Volksschüler Artur Sticht Jahrzehnte später seine Gefühle, als ihm die neugegründete Stiftung 1926 eine bescheidene finanzielle Unterstützung gewährte. Mit dieser Hilfe gelang es ihm, am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium (später: Karl-Marx-Schule) in Berlin-Neukölln in nur drei Jahren sein Abitur nachzuholen, um dann zu studieren.¹ Nur wenige Stipendiat_innen haben ihre Förderung entsprechend publizistisch verarbeitet. Aus den wenigen Überlieferungen spricht nicht nur die tief empfundene Dankbarkeit, sondern gleichzeitig Wut und Trauer über das Schicksal des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik Friedrich Ebert, der als erster Arbeiter in das höchste deutsche Staatsamt berufen wurde und dessen Namen die Friedrich-Ebert-Stiftung bis heute trägt. Der Altstipendiat Artur Sticht erinnert sich: „Die Justiz nahm ihn nicht in Schutz. Er hatte den Staatsapparat gegen sich. Das war das Ergebnis seiner Toleranz gegenüber Staatsbediensteten, die im Kaiserreich in Amt und Würden gelangten. [...] Es war ein Beispiel, wie ich es befürchtet hatte.“²

Sticht spielt auf den Beleidigungsprozess an, den der Reichspräsident Friedrich Ebert gegen einen antirepublikanischen Redakteur führte. Ende 1924 wurde der Journalist der Mitteldeutschen Presse verurteilt; der Richter des Magdeburger Verfahrens hielt jedoch fest, dass Eberts Eintritt in die Streikleitung des Berliner Januarstreiks 1918 „objektiv und subjektiv den Tatbestand des Landesverrats erfüllt hatte“.³ Von diesem Schlag erholte sich Ebert nie. Aufgrund des Prozesses schob er eine dringende ärztliche Behandlung auf, was seinen frühen Tod verursachte. Friedrich Ebert starb am 28. Februar 1925 im Alter von 54 Jahren. Noch während der Trauerfeier am 2. März verkündete das zentrale Organ der deutschen Sozialdemokratie, „Vorwärts“, in seiner Abendausgabe die Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Der Parteivorstand hat beschlossen, eine Friedrich-Ebert-Stiftung im Sinne der Lebensarbeit des Entschlafenen zu errichten. Der Parteivorstand bittet im Einverständnis mit der Familie,

1 Der autobiographische Text findet sich in: Artur Sticht, 1904–1990. Was einmal war, ist heut' ein seltsam Einst. Ludwigshafen 1993, S. 8.

2 Ebd., S. 53.

3 Mühlhausen, Walter: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik. Bonn 2006, S. 952.

von Kranzspenden und von Entsendung von Deputationen abzusehen und die dafür vorgesehenen Beträge der Stiftung zuzuführen.“⁴ Der Aufruf bedeutete eine Abkehr von traditionellen Trauerritten der Arbeiterbewegung. In der Regel zählte die Arbeiterpresse spaltenlang jede Kranzspende auf und dokumentierte minutiös jede entsandte Delegation, um die Bedeutung des Verstorbenen ein letztes Mal zu würdigen.

Der erste Gründungsaufruf verzichtete noch darauf, das Stiftungsziel genauer zu benennen. Schon die Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 4. März 1925 präzierte allerdings Struktur und Funktion der neugeschaffenen Stiftung: „Das Leben Friedrich Eberts bietet das bisher glänzendste Beispiel für den Aufstieg eines Mannes aus den arbeitenden Massen zu höchsten Leistungen im Dienst der Allgemeinheit. Auf sein Vorbild dauernd hinzuweisen, die heranwachsende Generation zu Nacheiferung anzuspornen, und besondere Begabungen aus der Jugend des arbeitenden Volkes zu fördern, ist der Zweck der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zu ihrer Verwaltung wird ein Kuratorium errichtet, das die Statuten der Stiftung veröffentlichen wird.“⁵ Ähnliche Aufrufe wie im „Vorwärts“ veröffentlichten andere sozialdemokratische Tageszeitungen. Auch die Spitzenorganisationen der Freien Gewerkschaften schlossen sich dem Appell an.⁶ Die Aufrufe in der Arbeiterpresse zeigten alsbald Erfolg. Am 12. März 1925 quittierte der „Vorwärts“ Spenden in Höhe von 2.752 RM an die neugegründete Stiftung.⁷ Zwei Spenden ragten besonders heraus. 1.000 RM stiftete der „Gewerkschaftsverein“ München. Weitere 1.000 RM steuerte der Parteivorstand der SPD bei. Die Quittierung erster eingegangener Spenden verband der „Vorwärts“ mit dem Appell, weiteres Geld an Konrad Ludwig einzusenden. Als Parteikassierer verwaltete dieser das Vermögen der Sozialdemokratie. Alsbald sollte er beim Aufbau der Friedrich-Ebert-Stiftung die zentrale Rolle spielen. De facto war er der erste Geschäftsführer der neugegründeten Stiftung und machte sie zu seinem Projekt. Das Stiftungsziel entsprach seinen ureigenen Vorstellungen der Förderung begabter Arbeiterkinder.⁸

Konrad Ludwig wurde am 9. April 1860 im fränkischen Gersdorf geboren und siedelte sich bei seiner Wanderschaft als Schreinergehilfe in Hagen an. 1907 wurde er dort SPD-Parteisekretär und ins Stadtparlament gewählt. Bereits in dieser Zeit förderte Ludwig junge Menschen in seinem Umfeld durch zielgerichtete Bildungsarbeit. Kaum ein anderer Sozialdemokrat förderte innerparteilich den Aufstieg junger Frauen so engagiert wie er.⁹ Während des Ersten Weltkrieges schloss sich Ludwig zunächst der innerparteilichen Kriegsopposition an, lehnte die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ab und verwarf die sogenannte Burgfriedenspolitik. 1917 trat er mit dem Gros der Hagener Mitglieder der Unabhängigen

4 Vorwärts, Abendausgabe, 42. Jg., Nr. 103 (2. März 1925).

5 Vorwärts, Morgenausgabe, 42. Jg., Nr. 106 (4. März 1925).

6 Friedrich Ebert. In: Gewerkschafts-Zeitung, 35. Jg., Nr. 10 (7. März 1925).

7 Vorwärts, Morgenausgabe, 42. Jg., Nr. 120 (12. März 1925).

8 Nachlass Werner Plum, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Box. 120. Werner Plum erstellte 1986 einen Text zur Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Manuskript blieb unveröffentlicht. Die vorliegende Arbeit verdankt den Studien Werner Plums zur Frühgeschichte der FES viel. Das unveröffentlichte Manuskript befindet sich im Nachlass Werner Plum, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Box 88.

9 Plum, Werner: Konrad Ludwig und die jungen Volontäre der Sozialdemokratie. Ein Hörbericht über den Gründer der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1987, S. 12 ff; Schröder, Wilhelm H.: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1876–1933, http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biosop_db/biosop_db.php [Zuletzt besucht am 29. September 2014]; Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 4. Folge 1927, S. 180.

Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung



Gruppenaufnahme im Büro der „Kasse“ der SPD (um 1926). Von links: das spätere Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung Fritz Heine (1904–2002), der Verwaltungsangestellte Rudi Leeb (1902–1991) und das damalige Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung Paul Neumann (1880–1969).

Am 28. Februar 1925 starb der erste demokratisch gewählte Reichspräsident Friedrich Ebert. Ständige nationalistische Hetzkampagnen gegen seine Person hatten seine Gesundheit beeinträchtigt. Bereits zwei Tage nach seinem Tod rief der sozialdemokratische Parteivorstand in Abstimmung mit der Familie die Friedrich-Ebert-Stiftung ins Leben. Ihr Ziel war es, begabten Arbeiter_innen Beihilfen für ein Studium zu gewähren. Den finanziellen Grundstock der FES-Studienförderung bildeten Spenden an die Friedrich-Ebert-Stiftung, die statt Kränzen für die Trauerfeier erbeten wurden.

Treibende Kraft bei der Konstituierung des neuen Förderwerkes war der sozialdemokratische Parteikassierer und Kulturozialist Konrad Ludwig. Die Stiftung war ausschließlich auf private Zuwendungen angewiesen. Von 1925 bis 1931 unterstützte sie 295 Studierende mit insgesamt 51.960 Mark. 1931 waren die Mittel der Stiftung inmitten der allgemeinen Wirtschaftskrise vollständig erschöpft.

Die engen Mitarbeiter Konrad Ludwigs, Fritz Heine und Alfred Nau, verfolgten nach Kriegsende die Ziele ihres Mentors weiter. Beide waren maßgeblich am Auf- und Ausbau einer „neuen“ Friedrich-Ebert-Stiftung beteiligt, die nach 1947 neben der Studienförderung weitere Ziele im Sinne des Wirkens Friedrich Eberts aufnehmen konnte.



© Bibliothek der FES

Die Abendausgabe des „Vorwärts“ verkündet am 2. März 1925 die Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung.



© Bibliothek der FES



© AG&D der FES

Parteikassierer Konrad Ludwig (um 1926).

Erster Rechenschaftsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung.
Wichtigster Förderschwerpunkt: der Arbeiter-Abiturienten-Kurs in Berlin-Neukölln.

Friedrich-Ebert-Stiftung.

Als der erste Reichspräsident der deutschen Republik, unser Genosse Friedrich Ebert, am 28. Februar 1925 starb, veröffentlichte der Parteivorstand einen Aufruf mit dem Inhalt, das Andenken Eberts durch eine Stiftung zu ehren, die im Sinne der Lebensarbeit des Verstorbenen wirken sollte.

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) bei, wurde von den Militärbehörden verhaftet und des Hoch- und Landesverrats angeklagt. Der gebürtige Franke war also tief dem radikalen Milieu der Hagener Arbeiterbewegung verhaftet. Die Spaltung der USPD und die Vereinigung des linken Flügels mit der Kommunistischen Partei Deutschlands lehnte Ludwig jedoch ab. Mit der Ikone der Hagener Arbeiterbewegung Josef Ernst bestand Ludwig zunächst auf Autonomie der USPD, nahm allerdings alsbald Kurs auf eine Wiederannäherung an die SPD, zumal sich die revolutionsoptimistischen Prognosen der USPD als Illusionen entpuppten.¹⁰

Im Juni 1921 kooptierte der USPD-Parteivorstand Konrad Ludwig als Hauptkassierer in das leitende USPD-Gremium. Nach dem organisatorischen Zusammenschluss der SPD mit der „Rest-USPD“ im September 1922 rückte der alte USPD-Parteikassierer in den neuen gemeinsamen Vorstand auf. Zusammen mit Friedrich Bartels verantwortete Ludwig künftig die Kassen- und Vermögensverwaltung der größten deutschen Partei. Er gewann rasch an Autorität und niemand in der SPD stellte seine organisatorische und finanzielle Kompetenz in Frage. Die Zustimmung für ihn bei Parteitagswahlen war von allen Flügeln überwältigend. In Sachfragen dominierte er mit seiner bissigen Rhetorik regelrecht die Parteitage. Einem Thema blieb Ludwig aber vor allem treu: Die systematische Gewinnung eines qualifizierten Funktionärsnachwuchses lag ihm besonders am Herzen. Zielgerichtete Aus- und Weiterbildung sollte auch den Anteil junger Frauen unter den besoldeten Parteiangestellten erhöhen. Ludwig legte ein ambitioniertes Programm zur Förderung junger Volontär_innen auf und gewann dafür auch die Zustimmung der Parteiinstanzen. Zu den ersten Volontär_innen zählte der junge Handlungsgehilfe und Arbeitersportler Fritz Heine. Ihm folgte alsbald Alfred Nau. Beide jungen Männer können mit Fug und Recht als „Konrad-Ludwig-Schüler“ bezeichnet werden. Nach 1945 griffen sie viele Ideen ihres Mentors auf und Alfred Nau konnte sich an herausragender Stelle bei der Neugründung der FES 1947 engagieren.

BESCHEIDENE MITTEL

Juristisch gesehen war das Konrad Ludwig anvertraute Stiftungsgeld ein Sondervermögen, das der Parteikassierer verwaltete.¹¹ Gleich das erste in der Weimarer Republik veröffentlichte Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie unterrichtete die interessierte Öffentlichkeit über das Stiftungsziel: „Die Friedrich-Ebert-Stiftung verfolgt den Zweck, jungen befähigten Proletariern Beihilfen für einen Studiengang an staatlich anerkannten Instituten zu geben. Es werden grundsätzlich nur solche Personen unterstützt, die eine Empfehlung des Parteivorstandes beibringen. Die Unterstützung aus der Ebert-Stiftung soll vor Antritt des Studienganges erwirkt werden.“¹² Nicht alle Jahresberichte legen Zeugnis von der Stiftungsarbeit ab. Knappe Hinweise zur FES finden sich in den Jahresberichten 1926, 1928, 1929, 1930 und 1931. Statis-

10 Stöcker, Rainer: „Noch bleibt der volle Tag uns zu ersiegen“. Geschichte der Hagener Arbeiterbewegung. Bd. 1: 1848–1923. Essen 1984, S. 201. Allerdings blieben Ernst und Ludwig innerhalb der Hagener USPD in der Minderheit.

11 Jahrzehnte der Entfaltung. 80 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung – Eine Innenansicht. In: 80 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung. Dokumentation der Jubiläumsveranstaltung am 8. März 2005 in Berlin. Berlin 2008, S. 8.

12 Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1926, S. 74.

tische Auswertungen der mitgeteilten Fakten ermöglichen es, die Zahl der Geförder-ten zu quantifizieren und einen Überblick der Bildungsstätten zu gewinnen, an denen sich junge Arbeiter_innen weiterbilden konnten. Außerdem berichtete der Partei-kassierer Konrad Ludwig auf den Parteitag über die Tätigkeiten der Stiftung.

Zum Jahresgedächtnis des Todes des verstorbenen Reichspräsidenten kündigte der „Vorwärts“ eine „Friedrich-Ebert-Gedächtnisbüste“ an, die nach einem Entwurf des Breslauer Bildhauers und Hochschullehrers Robert Bednorz neu geschaffen wurde: „Die Büste soll nicht nur als Erinnerungswerk weiteste Verbreitung finden, sondern sie ist auch zur gleichen Zeit in den Dienst der Friedrich-Ebert-Stiftung gestellt, als von jedem verkauften Stück ein namhafter Betrag dieser Stiftung zufließt.“ Welche Summen durch den Verkauf der Büste der FES zugeführt werden konnten, ist nicht bestimmbar. Die Mittel blieben in jedem Fall überschaubar. Unterstützungen aus Mit-teln öffentlicher Haushalte existierten nicht. Die junge Stiftung blieb ausschließlich auf Spenden in bescheidenem Umfang angewiesen. Einige Indizien weisen darauf hin, dass das überparteiliche republikanische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold aus Mitgliedsbeiträgen gewisse Mittel zur Verfügung stellte. An eine langfristige Unter-stützung bedürftiger Studierender aus der Arbeiterschaft, die nach Berechnung eines Ebert-Stipendiaten 140 RM monatlich benötigten¹³, war durch Requirierung privater Spenden gleichwohl nicht zu denken.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1929 in Magdeburg teilte der Parteikassie-rer Konrad Ludwig mit, er habe das Sondervermögen der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Parteimitteln aufgestockt.¹⁴ Dennoch war das Stiftungsvermögen nicht groß. Von 1925 bis 1931 unterstützte das junge Förderwerk Arbeiterkinder mit insgesamt 51.960 RM. Ende 1931 waren die Stiftungsmittel vollständig erschöpft.¹⁵ Der FES-Chronist Werner Plum macht allerdings nicht die schwere ökonomische Krise für das Ende der Stiftungsarbeit verantwortlich. Seine These lautet: Mit der schweren Krankheit des Parteikassierers Konrad Ludwig hat die junge Stiftung ihre treibende Kraft und ihren Mentor verloren.¹⁶ Ludwig erlitt 1931 einen Schlaganfall. Bis zu sei-nem Tode am 19. August 1935 in Berlin-Eggersdorf trat keine Besserung seines Ge-sundheitszustandes ein. Man kann nur spekulieren: Eventuell wären dem kreativen und durchsetzungsfähigen Kultursozialisten neue Finanzierungsmöglichkeiten einge-fallen oder Ludwig hätte das Sondervermögen durch weitere Parteigelder ergänzt. Denn die Kassen der Sozialdemokratie waren – wie das spätere SPD-Vorstandsmit-glied Fritz Heine herausstrich – mit über einer Million Reichsmark noch gut gefüllt.¹⁷

13 Tietgens, Wilhelm: Der Arbeiterstudent. In: Vorwärts, Abendausgabe, Jg. 44, Nr. 535 (11. November 1927).

14 Protokoll. Sozialdemokratischer Parteitag 1929 in Magdeburg vom 26. Mai bis 31. Mai in der Stadthalle. Reprint. Glashütten im Taunus 1974, S. 46.

15 Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, S. 116.

16 Aktennotiz Werner Plums an den Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Horst Heidermann, vom 2. März 1985. Nachlass Werner Plum, Box 118.

17 In einem Brief an Werner Plum teilte Fritz Heine am 13. Januar 1990 folgendes mit: „Zu ihrer Ms.-Bemerkung: ja, die Stiftung war damals „nur ein magerer Hafersack“ – das ist sicher richtig. Aber, die „ohnehin meist gäh-nende Kasse des sozialdemokratischen Vermögensverwalters Konrad Ludwig“ würde ich so nicht sehen. Er hatte, wenn ich mich nicht sehr irre, stets um 1 Mio. RM darin und auch noch 1933 konnten noch 1 1/2 geret-et und nach Prag gebracht werden. Gemessen an den damaligen Zeitverhältnissen war das nicht unbeträchtlich.“ Nachlass Werner Plum, Box 110.

In einem staatlichen Konzept zur Förderung benachteiligter Arbeiterkinder hätte die Friedrich-Ebert-Stiftung vielleicht eine neue Rolle übernehmen können. An staatliche Unterstützung war allerdings nicht zu denken. Versuche der SPD-Reichstagsfraktion, gestützt auf den Artikel 146 der Reichsverfassung eine Förderung hochbegabter Arbeiterkinder durchzusetzen, konnten schon bis 1930 parlamentarische Klippen nicht umschiffen. Nach dem Ausscheiden der SPD aus der Regierungsverantwortung waren identische Bemühungen ebenfalls am Widerstand bürgerlicher Parteien gescheitert. Konservative und liberale Parteien verwiesen stets auf die Überfüllung der Hochschulen und die anschwellende Akademikerarbeitslosigkeit.¹⁸ Welcher Kreis für eine solche Förderung in Frage gekommen wäre, hat Martin Böttcher, der in der gewerkschaftlichen Presse stets für die Interessen der Arbeiterstudierenden warb, beschrieben: „Unter Arbeiterstudenten sind sowohl Kinder von Arbeitern als auch frühe Arbeiter selbst, die als Externe oder durch Arbeiterabiturientenkurse oder durch die Begabtenprüfung die Zulassung zum Studium erlangt haben, zu verstehen.“¹⁹ Genau diese Gruppen förderte die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Über die Zahl der geförderten Stipendiat_innen zwischen 1925 und 1931 wissen wir durch die Jahresberichte der deutschen Sozialdemokratie gut Bescheid. Auch die Ausbildungsstätten sind aufgeführt, sodass sich Tendenzen der Förderungen leicht herauslesen lassen.

Universitäten in Berlin, Frankfurt am Main, Gießen, Göttingen, Halle, Hamburg, Heidelberg, Jena, Köln, Münster, Würzburg	113
Lehranstalten und Heimvolkshochschulen in Bochum, Dreißigacker, Elberfeld, Frankenhausen, Friedland, Geisenheim, Karlsruhe, Kiel, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Warendorf und im Ausland	65
Hochschule für Politik, Berlin	33
Arbeiter-Abiturienten-Kurs Berlin-Neukölln	20
Staatliche Arbeiterwirtschaftsschulen	14
Technische Hochschulen	13
Akademie der Arbeit, Frankfurt am Main	11
Kunstakademien	11
Handelshochschulen	6
Wohlfahrtsschulen	6
Pädagogische Akademien	3
Stipendiaten insgesamt	295
Studienunterstützung insgesamt	51.960,50 RM

18 Plum, Werner: Gedenken an Friedrich Ebert in der darstellenden Kunst – provisorischer Katalog. 1. Auflage. Bonn 1985, S. 8.

19 Böttcher, Martin: Hochschulpolitik. In: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Jg. 9 (1932), H. 2, S. 127.

Bernd Braun, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, wie gering der durchschnittliche Förderbetrag ausfiel. Pro Kopf und Monat seien 1930 beispielsweise nur 13,50 RM verausgabt worden.²⁰ Das ist sicher richtig. Nicht umsonst sprach der FES-Stipendiat Wilhelm Tietgens von einer „Ebert-Spende“.²¹ Der gelernte Bankangestellte Willi Eimert, wie Tietgens auch FES-Stipendiat, veranschaulichte es im Juli 1930: „Ganz besonders schwierig gestaltet sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterstudenten. Schon während des Besuchs des Arbeiter-Abiturientenkursus hat der Arbeiterstudent nie das Existenzminimum erreicht. Die darin liegende Belastung und Erschwerung des Studiums ist kaum darzustellen. Bürgerliche Studentenverbände tischen ihren Mitgliedern immer wieder das Märchen auf, daß uns die Partei monatlich eine Summe von 200 RM zur Verfügung stellt und daß uns unser Parteibuch alle Türen öffne. Ich kenne unter uns keinen, den die Partei irgendwie unterstützt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung verfügt über so geringe Mittel, daß eine wesentliche Unterstützung aus ihr gar nicht in Frage kommt.“²² Auf der anderen Seite: In einer Not-situation, die den ganzen Lebensentwurf eines jungen, ehrgeizigen, nach Bildung strebenden Arbeiterstudenten in Frage stellte, sicherte die FES-Unterstützung regelrecht „das Leben“. Der Altstipendiat Kurt Hirche hat diesen Sachverhalt in seiner dreibändigen Autobiografie besonders herausgestrichen.²³ Die für ein halbes Jahr gewährten 50 RM pro Monat halfen ihm, eine schwierige Klippe in seiner Ausbildung zu umschiffen, ehe die Studienstiftung des deutschen Volkes ihm langfristig unter die Arme greifen konnte.

ERFOLGREICHE PROJEKTFÖRDERUNG: DER ARBEITER-ABITURIENTEN-KURS IN BERLIN-NEUKÖLLN

Ein herausragendes Beispiel, wie auch geringe materielle Zuschüsse „Großes“ leisten konnten, bildet der Arbeiter-Abiturienten-Kurs in Berlin-Neukölln. Die Tochter des Stiftungsgründers Konrad Ludwig, die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Dora Lösche, hat kurz vor ihrem Tod in einem Brief – gerichtet an Werner Plum – nochmals an die Pionierleistung der jungen Friedrich-Ebert-Stiftung erinnert.²⁴ In der sehr kritischen Frühphase des neugegründeten Arbeiter-Abiturienten-Kurses am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium (seit 1930: Karl-Marx-Schule) seien die Zuschüsse der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht hoch genug einzuschätzen gewesen. Dora Lösche strich außerdem die Langzeitwirkung des Projektes heraus. Das Experiment der Karl-Marx-Schule habe auch nach 1945 noch ausgestrahlt und den Reformern in der Diskussion um eine Neuköllner Gesamtschule viel Rückenwind gegeben. Mit anderen Worten: Trotz begrenzter Fördermittel wirkte die Unterstützung durch die FES und war von hoher Symbolkraft.

20 Braun, Bernd: Wie alles begann. 80 Jahre Friedrich-Ebert – eine Außenansicht. In: 80 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung. Dokumentation der Jubiläumsveranstaltung am 8. März 2005 in Berlin. Berlin 2008, S. 6.

21 Tietgens, Wilhelm: Der Arbeiterstudent. In: Vorwärts, Abendausgabe, Jg. 44, Nr. 535 (11. November 1927).

22 Eimert, Willi: Zur Problematik der Arbeiterstudenten. In: Sozialistischer Wille in Politik, Wissenschaft und Hochschule, 1, H. 2. (Juni 1930), S. 27 f.

23 Hirche, Kurt: Immer in Bewegung. Lebensweg eines deutschen Sozialisten. Bd. 1: Unruhe und Aufbruch. Marburg 1994, S. 408.

24 Plum, Werner: Konrad Ludwig und die jungen Volontäre der Sozialdemokratie. Ein Hörbericht über den Gründer der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1987, S. 15 f.

In den beiden großen Arbeiterparteien SPD und USPD existierten nach Krieg, Revolution und demokratischem Neuaufbau nur wenige reformerische Ideen über einen Austausch der politischen Eliten in der jungen Weimarer Republik. Es lag auf der Hand, dass die Republik für den gehobenen und höheren Verwaltungsdienst, für Richterämter, Schulen und Hochschulen „neue Menschen“ brauchte, die vorbehaltlos den neuen Rechtsstaat bejahten und dessen Werte wehrhaft vertraten. Diese Menschen gab es. Sie waren in der alten Arbeiterbewegung sozialisiert. Nur fehlten ihnen die formalen Bildungsvoraussetzungen, entsprechende Ausbildungsgänge einzuschlagen. In Hamburg, Stuttgart und Thüringen kreisten viele neue Ideen um Arbeiterkurse, Volkseinheitsschulen oder Volksuniversitäten, um auf einem Zweiten Bildungsweg reaktionär gesinnten Hochschulabsolvent_innen demokratische Konkurrenz zu machen.²⁵

In Berlin spielte der Kommunalpolitiker Kurt Löwenstein (gestützt auf ein Reichstagsmandat) bei der theoretischen Formulierung solch neuer Konzepte und der konkreten Ausgestaltung in diversen Schulversuchen eine herausragende Rolle. Wie Konrad Ludwig gehörte Kurt Löwenstein seit 1917 der USPD an, wie er ging der jüdische Intellektuelle 1922 den Weg zurück zur Sozialdemokratie. In der Berliner Kommunalwahl im Juni 1920 wurde Kurt Löwenstein zum Stadtschulrat gewählt. Der Widerstand der konservativ dominierten Elternbeiräte gegen Löwenstein war gewaltig. „Er ist Atheist und dadurch, wie auch durch seine jüdische Abstammung, für den Posten des Oberschulrates an hauptsächlich christlichen Schulen vollkommen ungeeignet“, verkündete beispielsweise der Elternbeirat des Staatlichen Gymnasiums in Neukölln.²⁶ Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, dem die Berliner Schulverwaltung unterstand, gab diesem Protest nach und weigerte sich, Löwenstein in seinem Amt zu bestätigen. Künftig fand Löwenstein in der ehemaligen selbstständigen Arbeiterkommune Neukölln (seit der Groß-Berliner Gemeindereform 1920 ein Teil der Hauptstadt) eine neue pädagogische Heimat. In diesem Arbeiterbezirk regte er mehrere radikale schulreformerische Experimente an. Der Berliner Bezirk stand reichsweit für sozialdemokratisch verantwortete Schulreformen.²⁷

In Fritz Karsen fand Löwenstein einen kongenialen Partner, der nach anfänglichen Rückschlägen an der Lichterfelder Kadettenschule am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium in Neukölln die erste Gesamtschule aufbaute. Ihr pädagogisches Konzept strahlte weit aus. In der Fachliteratur gilt das Experiment heute unwidersprochen als der gelungenste Versuch, traditionelles Bildungsdenken zu überwinden. Karsen (1885–1951) war 1919 der SPD beigetreten und sammelte sich zunächst mit anderen Mitstreiter_innen im „Bund Entschiedener Schulreformer“ und in der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer“ (ASL). Er gliederte dem ursprünglichen Realgymnasium eine Aufbauschule und eine Volksschule an und versuchte, bisher abgeschottete Bildungsgänge durchlässiger zu gestalten. Unterstützt von engagierten Kolleg_innen

25 Korthaase, Werner: Die Neuköllner Arbeiter-Abiturienten-Kurse – Der Beginn des Zweiten Bildungsweges in Deutschland. In: Schulreform – Kontinuität und Brüche. Das Versuchsfeld Berlin-Neukölln. Bd. I: 1912 bis 1945. Berlin 1993, S. 161.

26 Korthaase, Werner: Neuköllner Schulpolitik im Dienste der Arbeiterschaft. Dr. Kurt Löwenstein als Kommunalpolitiker. In: Schulreform – Kontinuität und Brüche. Das Versuchsfeld Berlin-Neukölln. Bd. I: 1912 bis 1945. Berlin 1993, S. 130.

27 Ebd., S. 143.

Der Arbeiter-Abiturienten-Kurs in Berlin-Neukölln



© Museum Neukölln

2. Gebäude von rechts: Das Kaiser-Friedrich-Realgymnasium in der ehemaligen Kaiser-Friedrich-Straße (der heutigen Sonnenallee). 1902 nahm das Gymnasium den Unterricht auf und wurde unter Löwenstein und Karsen ein demokratisches Schulprojekt. Die Erweiterung zu einer integrierten Gesamtschule verhinderte die Weltwirtschaftskrise.

Zu den frühesten Projekten der Friedrich-Ebert-Stiftung zählt die Förderung der Teilnehmer_innen der ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurse am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium (später Karl-Marx-Schule) in Berlin-Neukölln.

Die Reformschule – Vorläuferin heutiger Gesamtschulen – verdankte ihre Gründung dem Neuköllner Bezirksschulrat und SPD-Reichstagsabgeordneten Kurt Löwenstein (1885–1939). Das Credo des sozialdemokratischen Rektors Fritz Karsen (1885–1951) war: Die neue demokratische Ordnung verlangt „eine neue politische Gemeinschaftsform“, die in der Schule anfängt. Seit 1923 hatten begabte Volksschüler_innen mit Berufsausbildung dort die Möglichkeit, innerhalb von drei Jahren ihr Abitur nachzuholen. Das Projekt stieß auf erbitterten Widerstand in konservativen Kreisen.

Die Einführung der Arbeiter-Abiturienten-Kurse war eine direkte Antwort auf die Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau. Von jungen Arbeiter_innen mit Abitur erhofften sich die sozialdemokratischen Pädagog_innen eine Stärkung der republikanisch-demokratischen Kultur. Insgesamt konnten 150 Arbeiter_innen zum Abitur geführt werden. Anfangs standen die Schüler_innen ohne jede Unterstützung da. Hier sprang die Friedrich-Ebert-Stiftung ein. Bis 1929 unterstützte die FES 20 Studierende mit einem Kurzzeitstipendium. 1933 beendeten die Nationalsozialisten das Schulexperiment und trieben den Rektor ins Exil.

Knapp einen Monat nach der nationalsozialistischen Machtgreifung meldet das Zentralorgan der Sozialdemokratie die Schließung der Karl-Marx-Schule: „Das ist der Grund des Hasses! Arbeiter, schon der Schulbank entwachsen, konnten ihr Abitur nachträglich machen.“



© Museum Neukölln

Naturwissenschaftlicher Unterricht an der Karl-Marx-Schule um 1930.



© AdSD der FES

Kurt Löwenstein (1885–1939) leitete als Bezirksstadtrat für Volksbildung in Berlin-Neukölln radikale Schulreformen ein. Als USPD- und SPD-Abgeordneter gehörte er zwischen 1920 und 1933 mit kurzer Unterbrechung dem Reichstag an. Löwensteins Ideal: die weltliche Schule ohne religiöse Bevormundung. Mit hohem persönlichem Einsatz kümmerte Löwenstein sich um die Teilnehmer_innen des Arbeiter-Abiturienten-Kurses und vermittelte mit hoher Wahrscheinlichkeit vielen von ihnen die Unterstützung durch die junge Friedrich-Ebert-Stiftung.



© Bibliothek der FES

und geschützt von einer sozialdemokratischen Verwaltung baute Karsen somit das altehrwürdige Gymnasium zu einer „sozialen Arbeits- und Gemeinschaftsschule um“.²⁸ Karsen führte eine Schülermitverwaltung ein. Ein weiteres Aushängeschild der ersten deutschen Gesamtschule bildeten die Arbeiter-Abiturienten-Kurse.

Dabei hatte die Gründung des ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurses im Jahr 1923 rein politische Gründe und wurde durch keine pädagogischen Diskurse angeregt. Nach der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau im Juni 1922 brach sich unter den republikanisch-demokratischen Parteien der Gedanke Bahn, „begabten jungen Menschen der unteren Volksschichten“ Zugang zur Universität zu eröffnen, da sie „wegen ihrer Herkunft verlässlichere Träger des republikanischen Staatsgedankens“ seien als „republikfeindliche Jungakademiker der privilegierten Schichten.“²⁹ Den ersten Lehrgang stellte der junge Verwaltungsangestellte und spätere Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung Bruno Gleitze in enger Kooperation mit Kurt Löwenstein und Fritz Karsen zusammen. Am 1. Juni 1923 nahm der erste „Lehrgang für junge Arbeiter zur Erreichung des Abiturs“ seine Arbeit auf. Ausschließlich Volksschüler_innen mit Berufsausbildung konnten zugelassen werden. Gleitze rekrutierte den ersten Kurs weitgehend aus den Reihen der Berliner Arbeiterjugend, die er aus seiner alltäglichen politischen Arbeit kannte. Allerdings nutzte Gleitze auch seine Kontakte zu anderen Hochburgen der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung. Vor allem nach Kiel besaß er vorzügliche Verbindungen. Willi Lausen, Walther Lehmkuhl, Franz Puls waren aktive junge Sozialisten, die sich in der Arbeiterjugend einen hervorragenden Namen erworben hatten. Ziel des ambitionierten Projektes war es, junge und begabte Arbeiter_innen in drei Jahren zur Hochschulreife zu führen. Das linke Reformprojekt provozierte alle konservativen Pädagogen. Hatten doch tausende Fachartikel „bewiesen“, dass nur eine neunjährige gymnasiale Ausbildung zur Reifeprüfung befähigte. Entsprechend harsch fiel ihr Urteil über das Neuköllner Experiment aus.

Die konservativen Kritiker übersahen stets, dass die angehenden Arbeiter-Abiturient_innen keine „normalen“ Schüler_innen waren. Sie hatten sich bereits in gewerkschaftlichen Abendkursen, in sozialistischen Heimvolkshochschulen und intensiven Fort- und Weiterbildungskursen der Arbeiterjugend mit den geforderten Bildungsinhalten beschäftigt und auseinandergesetzt. Ihr Bildungshunger war gewaltig. Durchgängig handelte es sich um junge hochmotivierte und hochbegabte Frauen und Männer mit entsprechender Persönlichkeitsstruktur. Hans-Hinrik Grundstedt beschreibt das Weltbild seines Vaters, FES-Stipendiat der ersten Stunde, wie folgt: „Die Bewegungen der 1920er Jahre hinterließen viele Grundeinstellungen bei meinem Vater: Befürwortung der Gleichberechtigung von Frauen in Gesellschaft und Politik einschließlich Frauenwahlrecht, Naturverbundenheit und Naturschutz, Freikörperkultur, Ernährung mit gesunden Nahrungsmitteln, Ablehnung von Religion und Esoterik, Begeisterung für Geschichte, Erdkunde und andere Kulturen.“³⁰ Die

28 Radde, Gerd: Auf den Spuren Fritz Karsens. In: Festschrift für Fritz Karsen. Im Auftrage der „Freunde der Fritz-Karsen-Schule“ herausgegeben von Gerd Radde. Berlin 1966, S. 7.

29 Korthaase, Werner: Die Neuköllner Arbeiter-Abiturienten-Kurse – Der Beginn des Zweiten Bildungsweges in Deutschland. In: Schulreform – Kontinuität und Brüche. Das Versuchsfeld Berlin-Neukölln. Bd. I: 1912 bis 1945. Berlin 1993, S. 162.

30 Mitteilung von Hans-Hinrik Grundstedt vom 10. Dezember 2014.

sozialdemokratischen Macher wussten nur zu gut um den Ausnahmecharakter des Neuköllner Experiments. Trotz hoher Abbruchquote erreichten bis 1933 ca. 150 Arbeiter-Abiturient_innen die Reifeprüfung, ehe die Nationalsozialisten das Experiment gewaltsam beendeten und den sozialdemokratischen Direktor ins Exil trieben.

Vom ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurs gelang es bis 1927 elf Männern und sechs Frauen erfolgreich ihr Abitur abzulegen.³¹ Der zweite zu Ostern 1926 offiziell beginnende Lehrgang zeigte ähnlich gute Ergebnisse. Bis 1929 legten 22 Abiturient_innen (darunter allerdings nur 4 Frauen) ihre Reifeprüfung ab.³² Die ersten Schüler_innen konnten auf keine finanzielle Unterstützung hoffen. Auch die Lehrenden wurden hierfür zunächst nicht bezahlt. Der Schulversuch stützte sich auf freiwillige Mehrarbeit. Das Bezirksamt Neukölln versuchte verzweifelt, den Kursteilnehmer_innen Halbtagsjobs zu vermitteln. Einige von ihnen putzten in Schulen, heizten in kommunalen Regiebetrieben oder fungierten als Hilfshausmeister. Ab 1926 gelang es Löwenstein und Karsen, schrittweise Unterstützung der Länder und der Stadt Berlin für die jungen Arbeiter_innen einzuwerben. 1927 sprang das Reich mit einer einmaligen Unterstützung von 500 RM für alle Arbeiter-Abiturient_innen ein.³³ Bis dahin brauchten die ehrgeizig Studierenden, die aus ganz Deutschland vom Schulprojekt angezogen wurden, jeden Pfennig. Die junge Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützte bis 1929 20 Studierende mit einem Kurzzeitstipendium. In großen Notfällen unterstützte Löwenstein junge Sozialdemokrat_innen sogar aus eigener Tasche.³⁴

In den Genuss einer FES-Unterstützung kamen alle sozialdemokratischen Teilnehmer_innen der Arbeiter-Abiturienten-Kurse (20 von 39 Schüler_innen). Statistischen Aussagen späterer Kurse belegen, dass etwas über die Hälfte der Teilnehmer_innen ein Mitgliedsbuch der SPD oder KPD in der Tasche hatte.³⁵ Denn, obgleich die offizielle KPD-Politik den Karsenschen Schulversuch als revisionistischen Irrweg verwarf, übten die Arbeiter-Abiturienten-Kurse auch auf junge Kommunist_innen eine große Faszination aus.³⁶ Zählt man Parteilose und KPD-Mitglieder heraus, kommt man auf eine vollständige Unterstützung aller Sozialdemokrat_innen während der ersten beiden Arbeiter-Abiturienten-Kurse durch die FES.

VERSCHÜTTETE QUELLEN

Biografien von Geförderten nachzuzeichnen, fällt außerordentlich schwer. Als Werner Plum in den 1980er Jahren für seine Studie zu Konrad Ludwig und den frühen Volontär_innen der Sozialdemokratie recherchierte, suchte er auch nach Altstipen-

31 Radde, Gerd: Fritz Karsen. Ein Berliner Schulreformer der Weimarer Zeit. Berlin 1973, S. 161.

32 Ebd., S. 162.

33 Stadtarchiv Mannheim, Nachlass Artur Sticht.

34 So erhielt Artur Sticht einen privaten Zuschuss Löwensteins sowie zum Schluss seiner Schulzeit in Berlin-Neukölln monatlich 50 RM aus der Familie des Reichstagsabgeordneten Oskar Geck. Stadtarchiv Mannheim, Nachlass Artur Sticht.

35 Ebd., S. 166.

36 Zu den kommunistischen Studierenden zählte beispielsweise der aktive Kommunist Siegmund („Siggi“) Neumann, der nach 1945 als bekennender Sozialdemokrat im Deutschen Gewerkschaftsbund weitgehende Reformen unterstützte, wie auch die spätere kommunistische Landtagsabgeordnete Hilde Hauck (1905–1988). Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nachlass Siggi Neumann; [http://www.frauenruhgeschichte.de/frauenregion/personen/personen-single/?tx_frgdatabases_pi1\[showUid\]=43](http://www.frauenruhgeschichte.de/frauenregion/personen/personen-single/?tx_frgdatabases_pi1[showUid]=43) [Besucht am 29. September 2014].

diat_innen. Ursprünglich hoffte er, unter den jungen Volontär_innen, die nach 1945 – so sie den Krieg überlebt hatten – beachtliche Karrieren machten, frühe FES-Stipendiat_innen zu finden. Dann suchte er unter den jungen Werkstudenten in der Werbeabteilung des Parteivorstandes, die dem Abteilungsleiter Fritz Heine und den führenden Parteigremien zuarbeiteten, nach Geförderten. Weder Fritz Heine noch die befragten Ex-Volontär_innen konnten sich indes an frühe FES-Stipendiat_innen erinnern. Dem FES-Chronisten gelang es nur aus historischen Quellen, den promovierten Historiker und Geographen Wilhelm Tietgens als einen der ersten Stipendiat_innen zu identifizieren. Tietgens nutzte nach seiner Promotion die Chance, in der sozialdemokratischen Presse über England, Kolonialprobleme und Probleme der Weltwirtschaft zu schreiben. Der Entwicklungsländer-Forscher Plum sah in Tietgens einen frühen Kollegen.³⁷ Die großen Schwierigkeiten Plums, in den 1980er Jahren nach frühen Altstipendiat_innen zu suchen, machen deutlich, dass die FES in den 1960er und 1970er Jahren versäumte, zu Lebzeiten nach Altstipendiat_innen zu recherchieren und deren Lebensgeschichte systematisch zu erfassen. Heute liegt die Herausforderung im Verlust zentraler Quellen begründet. Die Friedrich-Ebert-Stiftung gehörte als Sondervermögen zur Kasse der SPD und war dort Teil der Registratur des Parteivorstandes. Alle Registraturen wurden jedoch zum Schutz vor Verfolgung nach der Machteroberung der Nationalsozialisten vernichtet.³⁸ Der 1935 verstorbene Parteikassierer und erste Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung Konrad Ludwig hat auch keine persönlichen Papiere hinterlassen. Altstipendiat_innen vor 1933 sind somit nur zu identifizieren, wenn sie nach 1945 autobiografische Dokumente hinterlassen haben, die auf die Förderung durch die FES hinweisen. Das ist selten der Fall und ihr Aufspüren bedurfte großen Forschungsaufwandes. Auch die Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg konnte keine Namen ehemaliger Altstipendiat_innen beisteuern.

Nur die Teilnehmer_innen der ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurse in Neukölln lassen sich in etwa einkreisen. Die pädagogische Forschung hat diesen Kursen seit den 1960er Jahren eine gewisse Aufmerksamkeit geschenkt. Somit sind in der Literatur einige Namen übermittelt. Viele Kursteilnehmer_innen bekannten sich stets zu ihrer Biografie als Neuköllner Arbeiter-Abiturient_in, erwähnten allerdings die FES-Förderung nicht oder nur implizit. Recherchen nach „FES-Dokumenten“ bei den Kindern der Arbeiter-Abiturient_innen blieben weitgehend erfolglos. Hans-Hinrik Grundstedt berichtete allerdings ausdrücklich, dass sein Vater eine Unterstützung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung erhalten habe.³⁹ Erschwerend kommt hinzu, dass die FES-Förderung bedürftiger Studierender aus Geldmangel sehr gering ausfiel. Nachhaltiger blieb da die Förderung durch die Studienstiftung des deutschen Volkes im Gedächtnis verhaftet, die es den Geförderten ermöglichte zu studieren. Kurt Hirche erwähnt in seinen Memoiren beides, die Förderung durch die FES und die Förderung durch die Studienstiftung.⁴⁰ Der spätere israelische Chef-Meteorologe, Mordechai Heinz Gilead

37 Plum, Werner: Gedenken an Friedrich Ebert in der darstellenden Kunst – provisorischer Katalog. 1. Auflage. Bonn 1985, S. 9

38 Nur einige ältere Nachlässe konnten gerettet werden und im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam eine neue Heimat finden.

39 Mitteilung von Hans-Hinrik Grundstedt vom 10. Dezember 2014.

40 Hirche, Kurt: Immer in Bewegung. Lebensweg eines deutschen Sozialisten. Bd. 1: Unruhe und Aufbruch. Marburg 1994, S. 457.

(Heinz Gutfeld), der 1933 als jüdischer Sozialist Deutschland verlassen musste, strich bei der systematischen Befragung deutscher Emigrant_innen durch das Institut für Zeitgeschichte nur die Förderung durch die Studienstiftung heraus, obgleich er als junger Teilnehmer des Arbeiter-Abiturienten-Kurses sehr wahrscheinlich ein FES-Stipendium erhalten hat. Auch der Lübecker Oberstadtdirektor und spätere Neumünsteraner Oberbürgermeister Walther Lehmkuhl hat in Interviews zu runden Geburtstagen in der sozialdemokratischen Presse stets die hohe Bedeutung der Studienstiftung für seinen erfolgreichen Lebensweg betont⁴¹ und eine Unterstützung durch die Sozialdemokratie nur in seiner Entnazifizierungsakte anklingen lassen⁴². Der FES-Stipendiat und Arbeiter-Abiturient Wilhelm Tietgens konnte ebenso als Student auf ein Stipendium der Studienstiftung bauen.⁴³

Es gilt weiterhin zu bedenken, dass die ersten von der Ebert-Stiftung geförderten Jahrgänge (meist zwischen den Geburtsjahren 1902 und 1907) zu den kommenden Kriegsjahrgängen gehörten. Wie viele der geförderten jungen Sozialist_innen im Kriege als Soldaten, als Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft oder unmittelbar durch Kriegseinwirkungen starben, wird stets unklar bleiben. Das Schicksal des FES-Stipendiaten Wilhelm Tietgens steht für diese Kriegsgeneration. Er starb als Soldat, ohne dass das Todesdatum je geklärt werden konnte.⁴⁴ Auch die Tatsache, dass einige Geförderte nach 1945 in der DDR lebten, erschwert die Suche. Im östlichen Teil Deutschlands war es alles andere als opportun, auf eine frühere FES-Förderung hinzuweisen. Für diese Gruppe stehen Lisa Heinrich (später Lisa Tietgens) und Karl Lampka (1902–1974).

BEKENNENDE FES-STIPENDIAT_INNEN UND FRÜHE ARBEITER-ABITURIENT_INNEN

Wo befinden wir uns nun bei der „Stipendiat_innenrecherche“ auf sicherem Boden? Sehr früh und sehr offensiv hat sich **Kurt Hirche**, von 1955 bis zu seiner Pensionierung Leiter der Parlamentarischen Verbindungsstelle des DGB in Bonn, zu seiner Stipendiatenschaft bekannt. Seit den späten 1970er Jahren war Hirche „seiner alten Stiftung“ wieder eng verbunden.⁴⁵ In der Bibliothek der FES sah Hirche in den kommenden Jahren die Einrichtung, die seine einzigartige Sammlung künftig betreuen sollte. Der Absolvent der Mannheimer Handelshochschule hatte schon seit seiner frühen Jugend eine exquisite Sammlung expressionistischer Literatur zusammengetragen, die während des Krieges bei Luftangriffen der Alliierten teilweise wieder verloren ging. Nach dem Krieg nahm Hirche seine Sammeltätigkeit wieder auf, pflegte intensive Kontakte mit allen einschlägigen Antiquariaten⁴⁶ und vermachte zu

41 Walther Lehmkuhl 60 Jahre alt. In: VZ. Kieler Morgenzeitung, 73, Nr. 118 (21. Mai 1965).

42 Landesarchiv Schleswig-Holstein, LASH Abt. 460. 19 Nr. 710, Geschäftszeichen K 12074.

43 Mitteilung der Studienstiftung des deutschen Volkes vom 7. Oktober 2014.

44 Schriftliche Mitteilung der Archivgemeinschaft Gettorf vom 15. Oktober 2014.

45 Zu Ehren Hirches erschien 1979 bei der ersten Präsentation seiner Sammlung die Auswahlbibliographie seiner Werke. Kurt Hirche: Auswahlbibliographie. Hrsg.: Archiv der sozialen Demokratie/Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1979.

46 Hirche, Kurt: Meine Sammlung. In: Revolutionäre des Geistes. Illustrierte Zeitschriften, Flugblätter und Publikationen des deutschen Expressionismus aus der „Sammlung Professor Dr. Kurt Hirche, Bonn“. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung der Galerie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1994, S. 6–14. Leider ist es zu Lebzeiten nie zu einem Kontakt zwischen Kurt Hirche und dem FES-Chronisten Werner Plum gekommen.

Lebzeiten bereits seine Sammlung der Stiftungsbibliothek. Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung präsentierte der frühe Altstipendiat mehrere Ausstellungen zum deutschen Expressionismus und zur Arbeiterjugendbewegung.⁴⁷ Zum 70. Geburtstag der Friedrich-Ebert-Stiftung führte der Neunzigjährige den amtierenden Bundespräsidenten Roman Herzog als ehemaliger Altstipendiat durch die Jubiläumsausstellung.⁴⁸ Hirche gehörte zu den frühen Geförderten, die den Weg zum Abitur über eine Abendschule eingeschlagen hatten und als Externe ihr Abitur nachholten, um dann zu studieren. Hirche erwarb 1929 an der Handelshochschule Mannheim sein Diplom und promovierte 1932 zum Thema „Probleme einer finanzwissenschaftlichen Ausgabenlehre“. Schon während seines Studiums publizierte er über mannigfaltige ökonomische Themen in der Gewerkschaftspresse, um nach 1945 eine herausragende Rolle in der Einheitsgewerkschaft zu übernehmen.

Eine herausragende politische Stellung nach 1945 nahm auch **Bruno Gleitze** ein. Er kann als Mitbegründer des Arbeiter-Abiturienten-Kurses in Berlin-Neukölln gelten. Bereits vor 1933 gewann der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) den talentierten Statistiker als wissenschaftlichen Mitarbeiter. Nach 1945 spielte er zunächst in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands als Ökonom eine wichtige Rolle. Gleich nach Kriegsende übertrug ihm die sowjetische Besatzungsmacht die Verantwortung für den Aufbau der „Deutschen Zentralfinanzverwaltung“. Zeitweise fungierte er als Präsident der „Deutschen Verwaltung für Statistik“. Als ehemaliger Sozialdemokrat geriet er als Ordinarius für Statistik an der Humboldt-Universität und Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät allerdings rasch in unüberbrückbaren Gegensatz zur Besatzungsmacht. Im größten Deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit Sitz in West-Berlin, konnte er seine wissenschaftliche Arbeit erfolgreich fortsetzen. Als Chef des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI) gab er von 1954 bis 1968 gesellschaftspolitischen Reformvorstellungen des DGB feste Konturen. An den programmatischen Reformvorstellungen der deutschen Sozialdemokratie arbeitete er als Mitglied der Godesberger Programmkommission mit. Die Veröffentlichungen des ehemaligen Volksschülers sind kaum zu zählen. Als Wirtschaftsminister in der sozial-liberalen Landesregierung in Düsseldorf gab Gleitze allerdings 1967 früh auf, da Gegensätze zum SPD-Bundesminister für Wirtschaft Karl Schiller nicht zu überbrücken waren. Gleitze hat sich Freunden gegenüber⁴⁹ und auch publizistisch immer als FES-Stipendiat bekannt. In biografischen Beiträgen über Gleitze ist in der Regel allerdings von einer Förderung durch die Sozialdemokratie die Rede.⁵⁰ Die enge Verzahnung der frühen FES-Gelder durch den SPD-Parteikassierer macht diese Unschärfe verständlich. Seinem Förderwerk blieb Gleitze bis zu seinem Lebensende eng verbunden. Dem ehemaligen Leiter des Archivs der sozialen Demokratie, Kuno Bludau,

47 Expressionismus in Süddeutschland. Illustrierte Zeitschriften, Flugblätter und Publikationen aus der „Sammlung Prof. Dr. Kurt Hirche, Bonn“. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1998; Expressionismus in Norddeutschland. Graphik & Literatur. Eine Ausstellung aus der „Sammlung Prof. Dr. Kurt Hirche, Bonn“ in der Galerie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1997; Jugendbewegung und demokratischer Sozialismus. Eine Ausstellung Seltener Bücher, Zeitschriften und Graphiken aus der „Sammlung Prof. Dr. Kurt Hirche, Bonn“. 8.11. bis 6.12.1996, Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn. Hrsg. vom Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1996.

48 Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung 1995, S. 26.

49 Brief des Enkels Konrad Ludwigs, Professor Peter Lösche, an den Verfasser, 24. August 2014.

50 Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sammlung Personalien (Bruno Gleitze).



Kurt Hirche (2. von links) mit Hallenser Jungsozialisten in den frühen 1920er Jahren.

Kurt Hirche

Kurt Hirche wurde am 30. Oktober 1904 in Tiefenfurt (Niederlausitz) als Sohn eines Porzellanmalers geboren, der als aktiver Gewerkschafter auf der „schwarzen Liste“ stand und Schlesien verlassen musste. Der junge Schlesier besuchte von 1911 bis 1919 die Volksschule in Magdeburg und absolvierte bis 1922 eine kaufmännische Lehre in einer Spedition.

Hirche war tief in der sozialdemokratisch geprägten Magdeburger Arbeiterbewegung verwurzelt, deren breites Bildungsangebot er intensiv nutzte. Seit 1919 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, trat er 1920 der SPD und dem Zentralverband der Angestellten Deutschlands bei. Er gehörte zu den aktiven Mitgliedern der Jungsozialisten. Von 1924 bis 1925 besuchte der Bildungshungrige die Höhere Handelsschule Magdeburg und erwarb die „Obersekunda-Reife“ als Außenseiter. In Mannheim gelang es ihm 1927 die Reifepfprüfung als Externer abzulegen.

Unterstützt mit einem Stipendium der FES besuchte Hirche die Handelshochschule Mannheim und legte 1929 erfolgreich seine Prüfung als Diplom-Kaufmann ab. 1932 promovierte er in Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Neben einer Unterstützung der Studienstiftung des Deutschen Volkes verdiente sich der angehende Ökonom als Journalist diverser Periodika der Arbeiterbewegung seinen Lebensunterhalt. 1933 wurde er als Angestellter des Mannheimer Arbeitsamtes entlassen.

Nach 1945 arbeitete er zunächst als freier Journalist in Berlin, ehe der DGB-Vorsitzende Walter Freitag ihn 1952 als Ökonom nach Düsseldorf berief. Seit 1955 leitete Hirche bis zu seiner Pensionierung 1971 die Parlamentarische Verbindungsstelle des DGB-Bundesvorstandes in Bonn. Als aktiver Journalist umfasste sein publizistisches Werk mehrere tausend Titel. 1993 wurde ihm der Titel „Professor“ für seine Verdienste um die „Sicherung des expressionistischen Erbes“ verliehen. Seine einzigartige und wertvolle Sammlung vermachte Hirche testamentarisch der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Kurt Hirche starb am 7. Februar 1999 in Bonn.



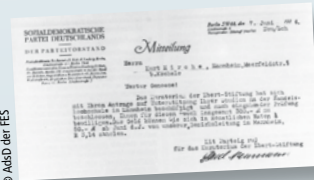
© Bibliothek der FES

Um sein Studium finanzieren zu können, publizierte Kurt Hirche regelmäßig in Zeitschriften der Arbeiterbewegung, Schwerpunkte seiner Mitarbeit waren die Gewerkschaftspresse und Blätter der Arbeiterkulturbewegung.



© AdGD der FES

Gruppenaufnahme mit dem Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung Holger Börner (Mitte) und Bundespräsident Roman Herzog (rechts) beim Rundgang durch die Ausstellung „Friedrich Ebert 1871–1925. Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten“ am 8. März 1995 in Bonn.



© AdGD der FES

Schreiben des SPD-Parteivorstandes vom 7. Juni 1926 mit der Mitteilung des Kuratoriums der FES, dass Kurt Hirche ein Stipendium von 300 Mark gewährt wird.

© AdGD der FES

Kurt Hirche auf dem SPD-Parteitag am 20. März 1968 in Nürnberg, auf dem über das Schicksal der Großen Koalition entschieden wurde.



gelang es früh, den Altstipendiaten davon zu überzeugen, seinen umfangreichen literarischen Nachlass in die Friedrich-Ebert-Stiftung zu geben.

Auch Professor **Georg Eckert** hat in einem biografischen Zeugnis von einer SPD-Förderung gesprochen, die es so nie gab. Eckert gehörte ganz offensichtlich zu den wenigen durch die frühe Friedrich-Ebert-Stiftung Geförderten, die sich durch ihr sozialistisches Engagement in der politischen Schülerbewegung für ein Stipendium qualifizierten. Eckert war kein Arbeiterkind, der Vater allerdings seit 1931 arbeitslos. Nach 1945 spielte der Braunschweiger Professor bei der Ausgestaltung der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine große Rolle. Der ehemalige Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Horst Heidermann, hat dies oft betont.⁵¹ Eckert konzipierte das Jahrbuch der Friedrich-Ebert-Stiftung, das renommierte „Archiv für Sozialgeschichte“, und gab dies von 1961 bis 1969 eigenverantwortlich heraus. Als Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission der FES ebnete er den Weg für eine eigenständige außeruniversitäre Forschung innerhalb der Stiftung.

Hirche und Eckert zählen zu den wenigen bekannten 113 Altstipendiaten, die sich in deutschen Universitäten zum demokratischen Sozialismus bekannten und somit auch zum Ziel nationalsozialistischer Attacken wurden. Die Schwierigkeiten bei der Suche nach Namen von frühen Stipendiat_innen an deutschen Hochschulen hängen auch damit zusammen, dass das Blatt der der SPD nahe stehenden sozialistischen Studierendenorganisation „Der Sozialistische Student“ sich nur höchst bruchstückhaft erhalten hat. Selbst in der Leipziger Deutschen Bücherei, die keine Kriegsverluste erlitten hat und deren Generaldirektor sich jeder Säuberung zwischen 1933 und 1945 erwehren konnte, gibt es keine Überlieferung. Somit lässt sich auch nicht aufspüren, ob sich FES-Stipendiat_innen regelmäßig trafen und miteinander kommunizierten. Erst ab 1930 bieten die Zeitschrift „Sozialistischer Wille in Politik, Wissenschaft und Hochschule“ und das „Funktionärblatt der Sozialistischen Studentenschaft“ relativ gute Einblicke in das innerorganisatorische Geschehen. Dort ist zu erkennen, dass ehemalige FES-Stipendiat_innen (Artur Sticht, Wilhelm Tietgens, Bruno Gleitze) im Verband der sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Österreichs (seit 1929: Sozialistische Studentenschaft Deutschlands und Österreichs) sehr aktiv waren. Und es darf gemutmaßt werden, dass sich andere FES-Stipendiat_innen ebenso intensiv in der Sozialistischen Studentenschaft engagierten. Wilhelm Tietgens gab bis 1931 als Vorstandsmitglied die Verbandszeitschrift heraus, Artur Sticht fungierte in Heidelberg als Kreisleiter.⁵² Walther Lehmkuhl gehörte ebenfalls zeitweise dem Vorstand der Sozialistischen Studentenschaft an. Kurt Hirche arbeitete nach eigenen Worten eng mit Bruno Gleitze zusammen, der 1932 zum gleichberechtigten Vorsitzenden des Verbandes gewählt wurde und bis 1933 der Sozialistischen Studentenschaft internationale vorstand.⁵³

51 Heidermann, Horst: Vorbedingungen und Überlegungen bis 1969. In: Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung, Bonn 1999, S. 15–20.

52 Funktionärblatt der Sozialistischen Studentenschaft, Nr. 7 (Mai 1932).

53 Gleitze, Bruno: Geleitwort zum Archivband „Die Sozialistische Studentenschaft Deutschlands und Österreichs in den Kampfjahren 1931 bis 1933. Als letzter Untermieter beim Parteivorstand im historischen Parteihaus der SPD, Berlin, Lindenstraße 3“, o.O. 1975.



Schüler des ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurses (1923–1926) in Berlin-Neukölln, die sich zusätzlich als Reinigungskräfte ihr Geld verdienten. 2. von links: Bruno Gleitze.

Bruno Gleitze

Bruno Gleitze wurde am 4. August 1903 in Berlin als Sohn eines Schreiners geboren. Die sozialdemokratische Tradition der Familie reichte bis in die Gründungszeit der Berliner Arbeiterbewegung zurück. Von 1917 bis 1919 absolvierte er nach einem Volksschulabschluss erfolgreich eine Lehre in der Berliner Kommunalverwaltung. Bereits 1919 zum Vorsitzenden der Berliner Arbeiterjugend gewählt, trat er im gleichen Jahr der SPD bei.

Mit Kurt Löwenthal und Fritz Karsen stellte Gleitze den ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurs in Berlin-Neukölln zusammen und erhielt als einer der ersten Studierenden ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung. Als Student an der Berliner Universität spielte Gleitze eine führende Rolle in der Sozialistischen Studentenschaft. 1932 wählte ihn die Sozialistische Studenteninternationale zu ihrem Vorsitzenden.

1930 absolvierte er sein Examen als Diplom-Volkswirt. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) wurde er 1933 verhaftet und in Plötzensee inhaftiert. Als Angestellter der AEG in Berlin konnte er 1941 promovieren.

Nach 1945 nahm Gleitze als Mitglied der SED in der Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone ökonomische Spitzenpositionen ein. 1948 erfolgten der Bruch mit dem System und die Übersiedlung nach West-Berlin. Als Ökonom entwickelte Gleitze bis in die 1970er Jahre wirtschaftliche Perspektiven zur deutschen Wiedervereinigung.

Seit 1954 war er Mitglied der Geschäftsführung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI), von 1956 bis 1968 war er dessen Leiter. Er beschäftigte sich intensiv mit Fragen überbetrieblicher Vermögensbildung. In der sozialliberalen Koalition in NRW war Gleitze von Dezember 1966 bis September 1967 kurzfristig Wirtschaftsminister, danach kehrte er zum WSI zurück.

Bruno Gleitze starb am 17. November 1980 in Berlin.



© AdGD der FES

Bruno Gleitze (li.) als Wirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens gemeinsam mit dem DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg auf einer SPD-Konferenz im Dezember 1966 in Bad Godesberg.



© Bibliothek des Ruhrgebiets, Bochum

Bruno Gleitze wurde 1932 zum gleichberechtigten Vorsitzenden der Sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs gewählt und gestaltete die Zeitschrift „Sozialistischer Wille in Politik, Wissenschaft und Hochschule“ maßgeblich mit.

Bruno Gleitze (rechts) mit seinem Bruder Willi in den 1920er Jahren. Beide leisteten nach 1933 Widerstand und wurden inhaftiert.

© Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik der FU Berlin



Von den frühen FES-Stipendiat_innen hat der bereits zitierte spätere Schulreformer Artur Sticht auf die Bedeutung des Stipendiums für seinen erfolgreichen Lebenslauf ausdrücklich hingewiesen. In seinem Nachlass finden sich Dokumente, dass er Lehrer werden wollte. Im Januar 1927 schrieb er bereits an seine Verlobte: „Es ist und bleibt notwendig, daß in den Schulen immer mehr Lehrer mit sozialistischer Gesinnung eindringen. Es muß doch wunderbar sein, in Menschenkindern, in denen das Persönlichkeitsbewußtsein erwacht, ein Weltbild formen zu helfen.“ Diesem früh formulierten Ziel blieb er treu. Seit 1951 bis zu seiner Pensionierung leitete er die Gesamtbetriebsschule in Ludwigshafen. Lange arbeitete er ehrenamtlich für das Deutschen Jugendherbergswerkes mit und leitete das Berufsfortbildungswerk des DGB in Ludwigshafen.⁵⁴ Es ist gewiss kein Zufall, dass der Lehrberuf auch auf andere FES-Geförderte eine große Faszination ausübte. In der Ausstellung „Demokratie braucht Demokraten“ werden die vier Altstipendiaten, Georg Eckert, Bruno Gleitze, Kurt Hirche und Artur Sticht, besonders vorgestellt. Durch ihre Funktionen nach 1945 sind ihre Lebenswege besonders gut dokumentiert und es besteht fotografisches Material in diversen Archiven.

Allerdings sollen auch die anderen frühen sozialdemokratischen Teilnehmer_innen des Neuköllner Arbeiter-Abiturienten-Kurses vorgestellt werden. Einige Namen sind durch die biografischen Forschungen Gerd Raddes zu Fritz Karsen bekannt⁵⁵, andere durch die Volltextdigitalisierung diverser Quellen. 14 Kurzbiografien von Sozialdemokrat_innen sollen näheren Aufschluss geben. Von einigen Stipendiat_innen, die in der Berliner Kommunalverwaltung nach dem Krieg in der „zweiten Reihe“ wichtige Funktionen einnahmen, ist relativ viel bekannt. Auch andere Lebensläufe sind gut dokumentiert. Bei ihnen konnten die dünnen – von Radde überlieferten Daten – ausführlich ergänzt werden. Von anderen sozialdemokratischen Stipendiat_innen wiederum kennen wir nur einige basale Daten.

Willi Eimert (geb. 1902)

geboren 1902, Bankangestellter, SPD-Mitglied, Arbeiter-Abiturient (1924–1927), nach 1945 Lehrer in West-Berlin.

Friedrich Grundstedt (1900–1983)

Geboren wurde er am 16. April 1900 in Uetze als Sohn eines Handwerkermeisters. Der Vater, der eine eigene Werkstatt zur Herstellung von Polstermöbeln betrieb, gehörte zu den ersten SPD-Mitgliedern am Ort. Zu seiner frühen Sozialisation trugen außerdem Tagelöhner im Betrieb seines Vaters bei. Der Beitritt zur SPD erfolgte nach der Novemberrevolution. Darüber hinaus engagierte sich Grundstedt in weiteren Arbeiterkulturorganisationen. Von 1925 bis 1929 war er Arbeiter-Abiturient in Berlin-Neukölln. Seinen Lebensunterhalt verdiente sich der Niedersachse zusätzlich durch den Straßenverkauf sozialdemokratischer Presseerzeugnisse. Nach seinem Abitur besuchte Friedrich Grundstedt mehrfach Paris, wo der Vater freundschaftliche Kontakte zu einer französischen Familie aufgebaut hatte. Das erfolgreiche Studium der Nationalökonomie in Berlin verhinderte der Nationalsozialismus. Bruder und Vater wurden

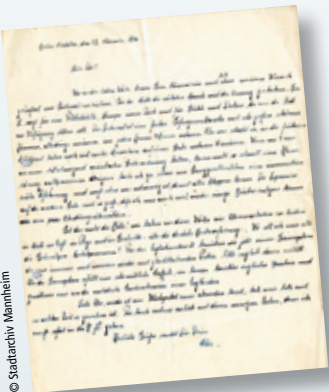
54 Stadtarchiv Mannheim, Nachlass Artur Sticht; Artur Sticht, 1904–1990. Was einmal war, ist heut' ein seltsam Einst. Ludwigshafen 1993, S. 6 f.

55 Radde, Gerd: Fritz Karsen. Ein Berliner Schulreformer der Weimarer Zeit. Berlin 1973, S. 338 ff.



Artur Sticht (links mit Gitarre) als Schüler des Arbeiter-Abiturienten-Kurses in Berlin-Neukölln in den 1920er Jahren.

Artur Sticht



© Stadtarchiv Mannheim

Brief Artur Stichts an seine Verlobte Else Wehner vom 26. November 1926, in dem er die Lebens- und Arbeitsbedingungen als Arbeiter-Abiturient beschreibt.



© SPD-Fraktion Ludwigshafen

Artur Sticht blieb auch in der Nachkriegszeit den alten Arbeiterkulturorganisationen verbunden. Als Naturfreund unterstützte er u.a. als ehrenamtlicher Funktionär das Jugendherbergswerk. Bild auf einer Wanderung in den 1960er Jahren.

Artur Sticht wurde am 14. Juli 1904 als Sohn eines ungelerten Arbeiters in Hamburg-Altona geboren. Sticht überlebte 1907 nach der Scheidung der Eltern den Selbstmordversuch der Mutter mit ihrem Sohn. Die Mutter starb. In den kommenden Jahren erzogen verschiedene Angehörige in Hamburg und Mannheim den jungen Halbwaisen. Später arbeitete er u.a. als Hilfsarbeiter auf der Deutschen Werft, absolvierte eine Lehre in einer Textildrehlung in Mannheim und verdingte sich als Laufbursche im Wolffschen Telegraphenbüro. In Mannheim lernte er seine Frau Else Wehner (Tochter eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten) kennen. 1920 trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) bei, 1922 der SPD. Er war Vorsitzender der Jungsozialisten Mannheims. Von 1926 bis 1929 absolvierte Sticht den Arbeiter-Abiturienten-Kurs an der späteren Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln. 1926 erhielt er ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung. Daneben arbeitete er als Landvermesser, Fensterputzer und Maurer.

Von 1929 bis 1934 studierte er in Heidelberg und Hamburg für das höhere Lehramt, 1933 erhielt er Berufsverbot. Dennoch schloss er 1934 das Studium mit der Promotion ab. Als selbstständiger Inhaber eines Kaffeehauses in Hamburg verteilte er illegales SPD-Material. 1943 wurde er als Soldat eingezogen. 1948 erhielt er einen Lehrauftrag an der Ingenieurschule Mannheim. Ab 1951 war er Studiendirektor an der Gesamtbereichsschule Ludwigshafen. Sticht galt als einer der großen Schulreformer der jungen Bundesrepublik. Nach seiner Pensionierung 1968 bekleidete er zahlreiche Ehrenämter.

Artur Sticht starb am 22. März 1990 in Ludwigshafen.



© Stadtarchiv Mannheim

Artur Sticht (links) mit seiner Cousine Elli und seinem Vater in Hamburg um 1909.

nach 1933 unter dem Verdacht der Spionage zugunsten Frankreichs inhaftiert. Nach 1945 war Grundstedt SPD-Parteisekretär und Kommunalpolitiker in Uetze. Dort starb er am 3. Dezember 1983.⁵⁶

Heinz Gutfeld (seit 1950: Mordechai Heinz Gilead, 1906–1995)

Geboren wurde er am 10. April 1906 als Sohn eines jüdischen Einzelhändlers in Luckenwalde (Brandenburg). Das Gymnasium musste Gutfeld als Sechzehnjähriger verlassen, weil die Inflation das kleine Geschäft seines Vaters ruiniert hatte. Seit 1922 absolvierte er eine kaufmännische Lehre in einer Bronzefabrik in Luckenwalde und arbeitete anschließend im gleichen Betrieb als Handlungsgehilfe. Nach eigenen Worten war er aktives Mitglied der Jungsozialisten, der Kinderfreundebewegung und der Naturfreunde. Er nahm am zweiten Arbeiter-Abiturienten-Kurs in Berlin-Neukölln teil. Gutfeld lebte mit seinem besten Freund Artur Sticht in einem Zimmer, beide arbeiteten politisch eng zusammen und verbrachten ihre Freizeit miteinander. Beide legten 1929 die Reifeprüfung ab. Gutfeld studierte in Berlin, Freiburg und Frankfurt am Main Mathematik, Geographie und Meteorologie. 1932 machte er das Examen als Mittelschullehrer. Die nationalsozialistische Machtergreifung verhinderte seine anschließende Promotion. Während des Studiums war er aktives Mitglied der Sozialistischen Studentenschaft. Gutfeld entfernte sich Ende 1931 von der SPD und neigte der SAPD zu. Er hielt Kontakt zu Leo Trotzki. 1933 erfolgte die Flucht nach Italien und 1935 die Übersiedlung nach Palästina. Dort trat er der Gewerkschaft Histadrut bei. Während des Krieges arbeitete Gutfeld als Meteorologe für die britische Luftwaffe. 1948 wurde er zum Leiter des israelischen meteorologischen Dienstes ernannt. Nach seiner Pensionierung engagierte er sich als Berater in der Entwicklungshilfe. Mordechai Heinz Gilead starb am 14. Juni 1995 in Israel.⁵⁷

Elisabeth (Lisa) Heinrich, verheiratete Tietgens (geb. 1906)

Geboren am 11. Januar 1906 in Berlin als Tochter eines Stuckateurs, absolvierte sie nach der Volksschule eine kaufmännische Lehre und gehörte zum ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurs in Berlin-Neukölln ab 1923. 1926 heiratete sie ihren „Mitabiturienten“ Wilhelm Tietgens. Gemeinsam mit ihrem Mann studierte sie in Berlin, Wien und Heidelberg Germanistik und Anglistik. 1933 gehörte sie einer politischen Widerstandsgruppe an, trat nach Kriegsende der SED bei und arbeitete als Oberschullehrerin für Deutsch und Englisch in Ost-Berlin.⁵⁸

56 Mitteilung Gemeinde Uetze, 5. Dezember 2014; Mitteilung Hans-Hinrik Grundstedt, 11. Dezember 2014.

57 Institut für Zeitgeschichte, München, Fragebogen Mordechai Gilead (MA 1500, Rolle 19). Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben. München [u. a.] 1980, S. 222. Siehe auch: Über Arbeiter-Abiturienten-Kurse zum Stipendiaten der Studienstiftung. In: Sprachbewahrung nach der Emigration – Das Deutsch der 20er Jahre in Israel. Teil I: Transkripte und Tondokumente. Hrsg. von Anne Betten unter Mitarbeit von Sigrid Graßl. Tübingen 1995, S. 70–75; Betten, Anne und Miryam Du-nour: Wir sind die Letzten. Fragt uns aus. Gespräche mit den Emigranten der dreißiger Jahre in Israel. Geringling 1995, S. 443.

58 Mitteilung Archivgemeinschaft Gettorf vom 15. Oktober 2014, Mitteilung Archiv der Universität Wien vom 15. Oktober 2014. Mitteilung Wiener Stadt- und Landesarchiv vom 17. Oktober 2014. Die Angaben über eine Widerstandstätigkeit beruhen auf einer Kartei zu Personen und Sachverhalten des antifaschistischen Widerstandskampfes, die ehemals im Zentralen Parteiarchiv der SED verwahrt wurde und sich heute im Bundesarchiv Berlin befindet.



© AdSD in der FES

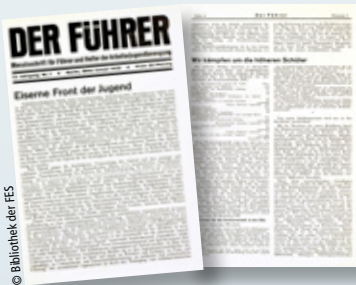
Georg Eckert als Direktor des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig (um 1972).

Georg Eckert



© nicht ermittelbar. Fundort: Privatbesitz Heike Christina Mätzig

Georg Eckert auf der Wetterwarte Saloniki (um 1941).



© Bibliothek der FES

Der junge Georg Eckert ruft in der Zeitschrift des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands zur Organisation linker Schüler_innen auf.

Georg Eckert wurde am 24. August 1912 in Berlin als Sohn eines Zeitschriftenredakteurs geboren, der 1930 seine Anstellung verlor. Die Mutter stammte aus Russland. Seit 1930 war er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), für deren Schülergemeinschaft er die „Sozialistische Schülerzeitung“ herausgab. 1931 trat er der SPD bei. Im gleichen Jahr legte Eckert sein Abitur ab und studierte in Berlin Geschichte, Geografie, Germanistik, Volks- und Völkerkunde. Als einer der letzten Studierenden erhielt Eckert 1931 ein kleines Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung, ehe im gleichen Jahr die Förderung auslief. Eckert entging nur knapp einem Mordanschlag der Nationalsozialisten und verließ Berlin.

1935 promovierte er in Bonn. Als Wehrmachtsbeamter im Range eines Stabsoffiziers leitete Eckert während des Krieges die Marinewetterwarte in Saloniki. In Griechenland hielt er Kontakt zur griechischen Widerstandsbewegung. 1943 habilitierte er sich während einesurlaubes in Bonn. 1946 erhielt er einen Lehrauftrag an der Kant-hochschule Braunschweig (später: Pädagogische Hochschule). 1952 erfolgte die Ernennung zum Professor. Mit Hilfe der GEW gründete Eckert 1951 in Braunschweig das wirkmächtige Internationale Schulbuchinstitut. Auf Eckerts Initiative hin gibt die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 1961 das „Archiv für Sozialgeschichte“ heraus, eines der wichtigen sozialhistorischen Jahrbücher. Bis 1969 leitete er selbst eigenverantwortlich das „Archiv“. Gleichzeitig beriet Eckert den Stiftungsvorstand als Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission.

Er bekleidete weitere bedeutende Ehrenämter: Vorstandsmitglied des Rates der Europäischen Bewegung, seit 1949 Mitglied der deutschen UNESCO-Kommission (seit 1964 als Vorsitzender).

Georg Eckert starb am 7. Januar 1974 in Braunschweig.

Georg Eckert im Alter von etwa zwölf Jahren.



© AdSD der FES, Bonn. Nf. Georg Eckert



© Bibliothek der FES

Seit 1961 gab Eckert das „Archiv für Sozialgeschichte“ als Jahrbuch der FES heraus. Die Bände begründeten alsbald den Ruf der Friedrich-Ebert-Stiftung als renommierte außeruniversitäre historische Forschungseinrichtung.

Erwin Lampka (1902–1974)

Geboren am 3. August 1902, erlernte er nach der Volksschule den Beruf eines Maschinenbauers. Lampka trat 1922 der SPD bei. Von 1923 bis 1926 war er Teilnehmer des ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurses. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde er politisch verfolgt. Lampka beteiligte sich ab Mai 1945 am Aufbau des Arbeitsamtes Berlin-Neukölln und leitete seit Sommer 1945 kurzfristig die Arbeitseinsatzverwaltung des Berliner Magistrats. Von August bis Dezember 1945 nahm er am Aufbau der Personalabteilung der Deutschen Zentralverwaltung des Verkehrs teil. Von Januar bis März 1946 hatte Lampka die Funktion eines Referenten für Lohn- und Preisgestaltung des Statistischen Zentralamtes inne. Seit 1945 SPD-Mitglied, machte er 1946 die Vereinigung zur SED mit. Von 1947 an war Lampka Vizepräsident der Zentralen Deutschen Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahmung und von 1948 bis 1949 Leiter des Sekretariatsbüros der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK). Von 1948 an leitete er die Verwaltung für die Wirtschaftsbetriebe der Regierung der DDR. Erwin Lampka starb am 3. Juni 1974.⁵⁹

Willi Lausen (1901–1972)

Geboren wurde er am 22. Oktober 1901 in Kiel als Sohn eines Werftarbeiters. Er schloss die Schule mit der mittleren Reife ab. Lausen arbeitete von 1921 bis 1923 bei der „Volksfürsorge“, einem Versicherungsunternehmen der Arbeiterbewegung. Seit 1917 war er Mitglied der Arbeiterjugend und der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation. 1920 trat er in die SPD ein. Lausen gehörte 1923 zum ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurs in Berlin-Neukölln. Er legte 1926 erfolgreich seine Reifeprüfung ab und kehrte als Versicherungskaufmann in den Dienst der „Volksfürsorge“ zurück. Er betätigte sich aktiv und an führender Stelle in der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, bei den Jungsozialist_innen und bei der Gewerkschaftsjugend. 1930 zog er nach Stuttgart. Hier trat er dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bei. Lausen wurde während des Krieges eingezogen und musste als Soldat in Russland kämpfen (1943–1945). Als Kreisvorsitzender der Stuttgarter SPD gehörte er 1946 der Verfassungsgebenden Landesversammlung Württemberg-Baden an. Seit 1947 vertrat er die Interessen seiner Wähler_innen im Landtag von Württemberg-Baden. Hier war er maßgeblich an der Ausarbeitung des württembergisch-badischen Betriebsrätegesetzes beteiligt. 1948 übernahm er als Geschäftsführer die Leitung der sozialdemokratischen Zeitung „Tagwacht“ in Stuttgart. 1949 wurde er für die SPD im Wahlkreis Ludwigsburg in den Bundestag gewählt, dem er bis 1953 angehörte. Von 1952 bis 1958 war er Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg. Willi Lausen starb am 18. April 1972 in Beilstein.⁶⁰

59 Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990. Hrsg. von Gabriele Baumgartner und Dieter Hebig. Bd. 1, München [u.a.] 1996, S. 457; Sattler, Friederike: Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–52, Bd. 1, Münster 2002, S. 942.

60 Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sammlung Personalialia (Willi Lausen); Staatsarchiv Ludwigsburg, Entnazifizierungsakte Willi Lausen.

Walther Lehmkuhl (1905–1970)

Geboren am 5. Mai 1905 in Kiel als Sohn eines Arbeiters, besuchte Lehmkuhl von 1912 bis 1921 die Volksschule und erlernte anschließend bis 1925 auf der Germania-Werft in Kiel den Beruf eines Maschinenschlossers. Während seiner Lehrzeit trat er dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei. 1922 schloss sich der junge Metallarbeiter der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der SPD an. Als SAJ-Mitglied gehörte er alsbald zu den meinungsbildenden Aktivisten der Organisation im Norden Deutschlands. Ab Oktober 1925 bereitete er sich im Arbeiter-Abiturienten-Kurs in Berlin-Neukölln für die Reifeprüfung vor, die er 1929 bestand. Nach seinem Abitur studierte Lehmkuhl Jura in Berlin, Heidelberg und Frankfurt am Main. Als Vorstandsmitglied der Sozialistischen Studentenschaft geriet der junge Aktivist an seinem letzten Studienort ins Fadenkreuz nationalsozialistischer Studentenorganisationen. Lehmkuhl konnte noch im Januar 1933 sein Erstes Staatsexamen ablegen. Während der nationalsozialistischen Herrschaft und zu Beginn des Krieges arbeitete Lehmkuhl als Verwaltungsjurist bei diversen Dienststellen und musste von 1943 bis 1945 als Soldat kämpfen. Im Februar 1946 zum Oberstadtdirektor Kiels gewählt, wechselte er 1950 nach seiner Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister nach Neumünster. Kurz nach seinem Eintritt in den Ruhestand starb Lehmkuhl dort am 22. November 1970. Heute erinnert die Walther-Lehmkuhl-Schule, das regionale Berufsbildungszentrum der Stadt Neumünster, an sein Wirken.⁶¹

Kurt Luchmann (1900–1967)

Geboren wurde er am 10. September 1900 in Berlin als Sohn eines Brauers. Nach Absolvierung der Volksschule in Berlin-Neukölln erlernte Luchmann von 1915 bis März 1918 den Beruf eines Spediteurs. Im September 1918 wurde er noch als Armierungssoldat eingezogen. Von 1919 bis 1923 arbeitete Luchmann in verschiedenen Berliner Expeditionen. Seit September 1922 war er Mitglied der SPD sowie des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Angestellten (später: Mitglied der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter). Auf Bezirksebene übernahm der junge Spediteur in Partei und Gewerkschaft leitende Funktionen. Seit 1924 war er bei den Jungsozialist_innen aktiv. Von Oktober 1925 bis Ostern 1929 absolvierte Luchmann den Arbeiter-Abiturienten-Kurs. Nach seiner Reifeprüfung trat Luchmann beim Bezirksamt Neukölln in die städtische Verwaltung ein. 1931 legte er erfolgreich seine Inspektorenprüfung ab. 1933 aus politischen Gründen entlassen, gelang es ihm, Ende 1934 eine Anstellung bei einer privaten Krankenversicherung zu finden. Obgleich untauglich gemustert, wurde er im April 1941 als Soldat eingezogen. Als überzeugter Antifaschist mit kommunaler Verwaltungserfahrung machte Luchmann nach Kriegsende in der West-Berliner Administration rasch Karriere. Seit August 1945 war er wieder als Referent in der Finanzabteilung des Magistrats beschäftigt. Später arbeitete er als Obermagistratsrat (Verwaltungsdirektor) beim Bezirksamt Berlin-Reinickendorf. Von 1958 bis 1965 leitete er als Verwaltungschef die Karl-Bonhoeffer-Heilstätten (später: Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik). Kurt Luchmann starb 14. Juli 1967 in Berlin.⁶²

61 Walther Lehmkuhl 60 Jahre alt. In: VZ. Kieler Morgenzeitung, 73, Nr. 118 (21. Mai 1965); Landesarchiv Schleswig-Holstein, LASH Abt. 460. 19 Nr. 710 Geschäftszeichen K 12074.

62 Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sammlung Personalien (Kurt Luchmann); Landesarchiv Berlin, A Rep. 001-06, Nr. 18865.

Kurt Mürre (1905–1967)

Geboren wurde er am 20. Dezember 1905 in Magdeburg. Nach der Volksschule absolvierte er eine Lehre als Metallarbeiter. Seit 1921 war Mürre Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und trat der SPD 1925 bei. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Arbeiter-Abiturienten-Kurses studierte er an den Universitäten in Halle und Berlin. Aus politischen Gründen wurde er 1935 von der Universität verwiesen und vom Staatsexamen ausgeschlossen. 1938 fand Mürre eine Anstellung in einem eisen- und metallverarbeitenden Betrieb in Berlin. 1943 wurde er als Soldat eingezogen und musste bis 1944 in Frankreich kämpfen. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft wurde er Referent im Sozialamt des Berliner Bezirks Mitte. Seit 1947 war er Bezirksstadtrat und Bezirksbürgermeister von Berlin-Tempelhof. Der soziale Wohnungsbau für kinderreiche Arbeiterfamilien lag ihm besonders am Herzen. Mürre starb am 15. Oktober 1967 in Berlin.⁶³

Franz Puls (1900–1965)

Geboren wurde er am 15. Mai 1900 in Pritzwalk (Ostprignitz). Er machte eine Lehre als Schriftsetzer und nahm von 1923 bis 1926 am Arbeiter-Abiturienten-Kurs teil. 1945 wurde er Obermagistratsrat in Kiel. Franz Puls arbeitete im Distrikt Hassee des SPD-Kreisverbandes Kiel mit. Er starb am 29. Dezember 1965 in Kiel.⁶⁴

Anni Scharfenberg

Arbeiter-Abiturientin (1923 bis 1926), nach 1945 Ärztin.⁶⁵

Ernst Schinzler (1901–1975)

Geboren am 23. August 1901 in Berlin, nahm Schinzler zwischen 1923 und 1926 am Arbeiter-Abiturienten-Kurs teil. Nach 1945 war er Referent im Statistischen Zentralamt der DDR. Im Juli 1950 siedelte Schinzler mit seiner Familie nach Berlin-Neukölln über. Ab August 1950 arbeitete er im Statistischen Bundesamt Wiesbaden. Ernst Schinzler starb dort am 18. Februar 1975.⁶⁶

Emil Steinke (1904–1970)

Geboren am 1. Februar 1904 in Stolp (Pommern), erlernte Steinke von 1918 bis 1922 das Schriftsetzerhandwerk in Berlin-Neukölln. In diese Zeit fällt sein Beitritt in die SPD und in den Verband der Deutschen Buchdrucker. Steinke gehörte von 1923 bis 1926 zu den ersten Arbeiter-Abiturient_innen in Neukölln. Nach erfolgreichem Schulabschluss arbeitete er bis 1933 als Sekretär der preußischen SPD-Landtagsfraktion. In dieser Zeit veröffentlichte Steinke Beiträge in den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Zeitschriften „Die Gemeinde“, „Wohnungswirtschaft“ und „Soziale Bauwirtschaft“. Während der Zeit des Nationalsozialismus verdingte sich Steinke als Fotograf und Kameramann für Kulturfilme. Nach Kriegsende war er zunächst ehrenamtlicher Bürgermeister in Blankenfelde (Kreis Teltow). Nach Berlin zurückgekehrt

63 Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sammlung Personalien (Kurt Mürre); Landesarchiv Berlin, B Rep. 004, Nr. 1079.

64 Mitteilung Stadtarchiv Kiel vom 20. Oktober 2014. VZ. Kieler Morgenzeitung, Jg. 74, Nr. 4 (6. Januar 1966).

65 Allerdings weisen Recherchen in den Katalogen der Deutschen Nationalbibliothek nach, dass bis 1945 keine Ärztin mit dem Nachnamen Scharfenberg promoviert hat. Vermutlich absolvierte sie den Arbeiter-Abiturienten-Kurs sowie die Promotion unter ihrem Mädchennamen, der aber nicht mehr zu ermitteln ist. Da unsicher ist, ob sie SPD-Mitglied war, ist auch unsicher ob sie ein FES-Stipendium erhielt.

66 Mitteilung Stadtarchiv Wiesbaden, 17. Oktober 2014.

übernahm Steinke Ende 1945 die Feuilleton-Redaktion der sozialdemokratischen Tageszeitung „Das Volk“. Die gleiche Funktion hatte er von Januar 1946 bis März 1948 bei der Zeitung „Der Sozialdemokrat“ inne. Danach wurde der gelernte Schriftsetzer zum Bezirksverordneten und Fraktionsvorsitzenden der SPD in Berlin-Steglitz gewählt. Im Juli 1949 erhielt er von der Bezirksverordnetenversammlung Spandaus ein Mandat als Bezirksstadtrat für Volksbildung und wurde bis 1959 in dieses Amt wiedergewählt. Das besondere Interesse des ehemaligen Arbeiter-Abiturienten galt dem Ausbau des Büchereiwesens und der Volkshochschule seines Bezirks. Steinke starb am 3. Januar 1970 in Berlin.⁶⁷

Wilhelm Tietgens (1902–1945)

Geboren am 30. Dezember 1902 als Sohn eines Gastwirts in Fockbek (Kreis Rendsburg), besuchte Tietgens drei Jahre die Volksschule in Rendsburg und sechs Jahre die dortige Knaben-Mittelschule, wo er mit der sogenannten Obersekunda-Reife abging. Danach lernte er drei Jahre in der Maschinenbau-Abteilung der Werft „Nobiskrug“ in Rendsburg den Beruf eines Werkzeugmachers. Als Geselle arbeitete er in verschiedenen metallverarbeitenden Betrieben Norddeutschlands. Tietgens trat nach der Novemberrevolution der SPD bei und gehörte zu den prominenten Vertretern der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung Schleswig-Holsteins. 1923 wurde er als einer der ersten Teilnehmer_innen des Neuköllner Arbeiter-Abiturienten-Kurses ausgewählt. 1926 legte er erfolgreich sein Abitur ab und studierte in Berlin, Wien, Heidelberg, Kiel und wieder Berlin Geschichte und Geographie. Tietgens legte Anfang 1931 an der Berliner Universität erfolgreich sein Rigorosum ab, nachdem seine Arbeit „Der deutsch-dänische Grenzsaum“ mit „gut“ beurteilt wurde. Allerdings konnte er das Promotionsverfahren erst 1932 abschließen, weil ihm die Mittel für die Drucklegung fehlten. Dennoch war er mit großer Wahrscheinlichkeit der erste FES-Stipendiat, der promovierte. 1926 heiratete Tietgens seine „Mitabiturientin“ Elisabeth (Lisa) Heinrich. Als Vorstandsmitglied der Sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs gab er bis 1931 deren Verbandszeitschriften heraus und nahm sich wie kein Zweiter in der SPD-Presse des Themas „Arbeiterstudenten“ an. Nach 1933 zum Reicharbeitsdienst eingezogen, musste er ab 1939 in der Wehrmacht dienen. Sein Schicksal als Soldat bleibt ungewiss. 1954 wurde er vom Kreisgericht Zossen mit dem Todesdatum 8. Mai 1945 für tot erklärt.⁶⁸

FRÜHE FES-STIPENDIATEN: NUR MÄNNERBIOGRAFIEN?

Intensive Forschungen zu den sozialistischen Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik dokumentieren, dass der Anteil der organisierten Frauen in der Sozialistischen Studentenschaft gering war. Er lag nur bei 17%.⁶⁹ Leider konnten unter den hier gesammelten Fällen von frühen FES-Stipendiat_innen trotz großer Bemühungen keine gesicherten weiblichen Biografien vorgestellt werden, ob-

67 Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sammlung Personalia (Emil Steinke); Landesarchiv Berlin, B Rep. 080, Nr. 51.

68 Tietgens, Wilhelm: Der deutsch-dänische Grenzsaum. Diss. Berlin 1932, unpaginierter Lebenslauf; Schriftliche Mitteilung der Archivgemeinschaft Gettorf vom 15. Oktober 2014; Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB, UA, Phil. FAK Nr. 743).

69 Walter, Franz: Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik. Bonn 1990.

wohl wir davon ausgehen können, dass unter den frühen FES-Geförderten einige Frauen waren. Denn der Frauenanteil vor allem im ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurs in Neukölln war hoch. Trotzdem hatte selbst Radde in seinen frühen Studien – wie bereits erwähnt – für die ersten Kurse nur zwei Frauen ermitteln können (Elisabeth Tietgens und Anni Scharfenberg). Der Mangel an überlieferten biografischen Quellen erlaubt leider nicht, sie als erfolgreiche FES-Stipendiat_innen vorzustellen. Die typischen Karriereverläufe von Männern und Frauen nach dem Zweiten Weltkrieg scheinen auch dem biografischen Muster der ehemaligen FES-Geförderten zu entsprechen. Männer machten Karriere, Frauen blieben „unsichtbar“.

Um wenigstens eine erfolgreich geförderte Frau vorzustellen, konzentrierte sich die Recherche für die Jubiläumsausstellung auf Absolvent_innen der Deutschen Hochschule für Politik. An der privaten Hochschule wurden von 1926 bis 1931 33 Studierende durch die Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert. Das Besondere an der Berliner Hochschule war, dass sich hier Studierende ohne Abitur einschreiben durften. Die Bildungsstätte, an der u.a. die Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding lehrten, bedeutete für viele junge Frauen und Männer ein besonderes Karrieresprungbrett, zum Beispiel in SPD-Zeitungen. Besonders attraktiv für junge Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung war die Wohlfahrtsschule des Sozialpolitischen Seminars der Deutschen Hochschule für Politik. Ein Teil der künftigen Führungskräfte der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt (AWO) beschritt diesen Weg und ließen sich zu Fürsorger_innen ausbilden.⁷⁰ Es ist zu vermuten, dass sich unter den 33 von der Friedrich-Ebert-Stiftung Geförderten an der Deutschen Hochschule für Politik mehrheitlich Frauen befanden. Ihre Biografien hätten einen interessanten und aussagekräftigen Blick auf die frühe Frauenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung ermöglicht. Allerdings geben die sehr gut dokumentierten Biografien der führenden AWO-Frauen keinen entsprechenden Hinweis. Auch Kontakte zum Widerstandsprojekt der ehemaligen Deutschen Hochschule für Politik blieben ohne Erfolg.⁷¹

Ein weiterer institutionalisierter Schwerpunkt der Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung galt der Akademie der Arbeit in Frankfurt, die 1921 als „erste deutsche Hochschule für das Volk der Arbeit“ ins Leben gerufen wurde. Die spätere Frauenreferentin der SPD, Herta Gotthelf, bildete sich in Frankfurt gemeinsam mit vielen Gewerkschaftskolleg_innen weiter. An der Akademie der Arbeit griff die Friedrich-Ebert-Stiftung elf Studierenden unter die Arme. Durch den Verlust aller Quellen in Frankfurt war es auch bei einer der bedeutendsten Weiterbildungseinrichtung der deutschen Arbeiterbewegung nicht möglich, Lebensläufen der Geförderten nachzuspüren. Dies gilt für Männer wie für Frauen. Eine Darstellung der frühen Frauenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung bleibt somit ein Desiderat, das einer großen Forschungsanstrengung bedarf, um Licht ins Dunkel zu bringen.

70 Juchacz, Marie: Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts. 2. Aufl. Berlin 1956.

71 Einzigartig. Dozenten, Studierende und Repräsentanten der Deutschen Hochschule für Politik (1920–1933) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Begleitband zur Ausstellung. Bearb. von Siegfried Mielke in Verbindung mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Berlin 2008.

WIE GING ES WEITER?

Arbeiterstudent_innen und Stipendiat_innen der Friedrich-Ebert-Stiftung blies der Wind mannigfaltig ins Gesicht. Gegenwind kam dabei auch aus den Organisationen der Arbeiterbewegung selbst, vertraten einige doch die Auffassung, „daß es der Arbeiterbewegung nicht zum Nutzen gereichen könne, wenn ihr ein Teil ihres begabten Führungsnachwuchses entzogen würde. Es bestehe die Gefahr, daß die Arbeiterstudenten die Fühlung mit ihren Klassengenossen verlören, daß manche die Möglichkeit, sich von ihrer Klasse zu lösen, ausnützen würden und als selbstzufriedene Bürger in irgendeinem akademischen Beruf landen oder gar beeinflusst durch den Lehrbetrieb an den Universitäten ins Lager der Gegner der Arbeiterschaft hinüberwechseln würden.“⁷² Auf diese Kritik antwortete im Dezember 1927 ein erfolgreicher Teilnehmer des Arbeiter-Abiturienten-Kurses mit dem Resümee, die „oft befürchtete Entfremdung“ sei nicht eingetreten, „nicht zuletzt durch die großzügige Unterstützung der Partei und ihrer einzelnen Glieder“.⁷³ Diese Chiffre kann man mit gutem Gewissen übersetzen. Damit war die Neuköllner SPD-Organisation gemeint, Kurt Löwenstein, aber auch die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Mit der verheerenden ökonomischen Krise kam seit 1929/1930 ein weiteres Argument gegen Arbeiter-Abiturient_innen hinzu: Die Universitäten seien vollständig überlaufen. Nur ein geringer Teil der mit großen Erwartungen ins universitäre Leben eingetretenen Studierenden könnte nach erfolgreichem Examen überhaupt mit einer angemessenen Anstellung rechnen.⁷⁴ Die jungen FES-Stipendiat_innen griffen diese Kritik auf, gaben allerdings unterschiedliche Antworten. Kurt Hirche akzeptierte den Konkurrenzkampf an den Universitäten. Bei hinreichender Unterstützung würden die Arbeiter-Studierenden sich schon durchsetzen. Zehntausenden minderbegabten Söhnen und Töchtern aus dem Bürgertum stünde nur deshalb der Weg zu Universität offen, weil sie teuren Nachhilfeunterricht genössen. Vor dieser Schicht, so Hirche, brauchten sich Kinder aus der Arbeiterbewegung nicht zu fürchten. Dieses Argumentationsmuster vertrat Hirche in vielen seiner Veröffentlichungen. Sie entsprach seinem großen Selbstbewusstsein.⁷⁵ Deutlich militanter argumentierte Wilhelm Tietgens. Gemeinsam mit drei anderen Arbeiterstudenten und erfolgreichen Absolventen des Neuköllner Kurses sah er in der Warnung vor der Überfüllung der Hochschulen nur die „Angst des Bürgertums, die Arbeiterschaft könne im starken Maße in die akademischen Funktionen vorstoßen und tatsächlich das Bildungsprivileg des Besitzes brechen.“⁷⁶ Dieser Argumentation folgten auch andere sozialdemokratische Arbeiter-Studierende und FES-Stipendiat_innen. Unabhängig vom Grad der Überfüllung der deutschen Universitäten gelte es, das demokratische Potenzial durch die Förderung benachteiligter Arbeiterkinder zu stärken.⁷⁷

72 Schreiner, L.: Arbeiterstudenten. In Vorwärts, Abendausgabe, Jg. 44, Nr. 187 (12. August 1927).

73 Volksschule – Arbeiter. Grundsätzliches über den Aufstieg der Begabten. In: Vorwärts, Abendausgabe, Jg. 44, Nr. 582 (9. Dezember 1927).

74 Bibliographische Belegstellen finden sich in Sozialistische Studentenarbeit. Nachrichtendienst der Sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs, Nr. 1 (September 1930).

75 Hirche, Kurt: Student und Arbeiterbewegung. In: Sozialistische Bildung, Jg. 2 (Oktober 1930), S. 300–304.

76 Und trotzdem: Freie Bahn! Eine Erklärung der Arbeiterstudenten. In: Vorwärts, Abendausgabe, Jg. 48, Nr. 233 (21. Mai 1931).

77 Eimert, Willi: Zur Problematik des Arbeiterstudenten. In: Sozialistischer Wille in Politik, Wissenschaft und Hochschule. Jg. 1, Nr. 2 (Juni 1930), S. 27.

Die erste Generation der FES-Stipendiat_innen befand sich bei Studienende politisch in einer nahezu aussichtslosen Lage. Ihr Abschluss lag kurz vor oder kurz nach der nationalsozialistischen Machtergreifung. Alle waren gezwungen, einen eigenen individuellen Weg des Überlebens im Unrechtsstaat zu finden. Heinz Guttfeld verließ Deutschland sofort, Bruno Gleitze leistete zunächst Widerstand. Die meisten gingen den klassischen Weg, um nicht ins Fadenkreuz der neuen Machthaber zu gelangen: Beitritt in die unverfänglichsten nationalsozialistischen Organisationen. Das bedeutete die Mitgliedschaft in der Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) und in der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Dazu zählten Kurt Luchmann, Kurt Mürre und Emil Steinke. Die Mitgliedschaft in der DAF entsprach auch den „Empfehlungen“ der exilierten Arbeiterparteien. Kurt Hirche wiederholte regelmäßig auf Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass Emigration für ihn nie in Frage gekommen sei. Nur mit dem Mittel der Camouflage – so Hirches Selbstzeugnis – sei es möglich gewesen, die braune Zeit zu überstehe. Camouflage bedeutete für ihn die Mitarbeit in einem Forschungsinstitut der Deutschen Arbeitsfront. Wilhelm Tietgens und Walther Lehmkuhl traten der NSDAP bei. In Lehmkuhls Entnazifizierungsverfahren bezeugten viele Gewerkschafter_innen und Sozialdemokrat_innen, dass der Beitritt dem Schutz der Familie gegolten habe. An Lehmkuhls untadeligem Verhalten habe es nie einen Zweifel gegeben. Von den meisten Stipendiat_innen fehlen allerdings Zeugnisse des individuellen und politischen Überlebens während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur.

Für die FES-Stipendiat_innen der ersten Stunde bot sich erst ab 1945 die Chance, den in jungen Jahren vielfach formulierten Lebenstraum zu verwirklichen: den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung. Die wenigen ermittelten Biografien von Altstipendiat_innen vor 1933 sind gewiss nicht repräsentativ, weisen allerdings darauf hin, welch großes Potenzial die Förderung von Arbeiterkindern barg. Die Liste der Berufe und Funktionen der ersten FES-Stipendiat_innen liest sich beeindruckend: Hochschullehrer, Bundestagsabgeordneter, Bürgermeister, Gewerkschaftsrepräsentant auf nationaler Ebene, Schulleiter, Lehrer, Lehrerin, Ärztin, Verwaltungsangestellter in herausragender Position, wissenschaftlicher Mitarbeiter auf Leitungsebene. Die „Konrad-Ludwig-Schüler“ Fritz Heine und Alfred Nau wussten um dieses Potenzial. Als herausragende Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie knüpften sie mit anderen Kultursozialist_innen an die „frühe“ Friedrich-Ebert-Stiftung an. Die beiden späteren FES-Vorstandsmitglieder stehen für die Kontinuität der „alten“ und der „neuen“ Friedrich-Ebert-Stiftung. Im demokratischen Deutschland bot sich ihnen und anderen Sozialdemokrat_innen die einzigartige Möglichkeit, nicht nur den Gedanken der Studienförderung weiter zu verfolgen, sondern auch auf anderen Gebieten im Sinne des ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten eine große Wirkmächtigkeit zu entfalten.

Dr. Rüdiger Zimmermann

STUDIENFÖRDERUNG ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE AUFGABE

DIE STUDIENFÖRDERUNG DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG NACH 1947

VERBOT UND NEUGRÜNDUNG

Am 22. Juni 1933 erklärte der NS-Reichsinnenminister Wilhelm Frick die SPD zur staats- und volksfeindlichen Partei. Hiermit wurden alle Tätigkeiten der Partei untersagt, was faktisch ein Verbot bedeutete. Das Vermögen der SPD wurde beschlagnahmt und damit auch das vorläufige Ende der Friedrich-Ebert-Stiftung besiegelt. Die ersten Anregungen zur Neugründung der Friedrich-Ebert-Stiftung kamen 1946 aus der sozialdemokratisch engagierten Studierendenschaft. Auf dem Gründungskongress des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) im September 1946 brachte die Göttinger Gruppe den einstimmig verabschiedeten Antrag an die SPD ein, die „bis 1933 bestandene Friedrich-Ebert-Stiftung für notleidende Studenten wieder aufzunehmen“.¹ Bei einer gemeinsamen Sitzung der SPD- und SDS-Vorstände wurde am 5. Januar 1947 beschlossen, die „Schaffung einer Interessengemeinschaft aus Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteipresse und interessierten Privatleuten zur finanziellen Sicherung des Studiums sozialistischer Studenten [...] mit größtmöglicher Beschleunigung in Angriff [zu nehmen]“.² Bereits ab Mitte des Jahres 1947 wurden erste Stipendien vergeben.

Im Herbst 1947 hatte der SPD-Schatzmeister Alfred Nau die „Friedrich-Ebert-Stiftung zur Förderung demokratischer Volkserziehung“ als von der Partei unabhängige, selbstständige juristische Körperschaft neu gegründet.³ Neben der „Förderung begabter, unbemittelter Studenten“ sollte die FES vor allem auch eine „demokratische Erwachsenenbildung“ betreiben. So war Nau Anfang 1948 auf der Suche nach einem Schulungshaus. Zu diesem Zweck schrieb er unter anderem dem Oberfinanzpräsidenten in Münster einen Brief, in dem Nau die Bildungsaufgabe der FES wie folgt zusammenfasst: „Die Stiftung will durch Veranstaltung von laufenden Kursen einen wesentlichen Beitrag für die demokratische Erziehung des deutschen Volkes leisten. Die Teilnehmer dieser Lehrveranstaltungen sollen sich aus den verschiedenen Schichten der Bevölkerung zusammensetzen.“⁴

1 Protokoll des Gründungskongresses des SDS 1946, S. 22, zit. nach: Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom Parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken. Bonn 1994, S. 43.

2 Beschlüsse der Vorstandssitzung S.P.D. – S.D.S. vom 5.1.1947, Hannover. Archiv der Sozialen Demokratie. Bestand SDS/Bund 3301.

3 Albrecht: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Bonn 1994, S. 111; Protokoll der Vorstandssitzung des SDS vom 23./24.10.1947, Düsseldorf. Archiv der Sozialen Demokratie. Bestand: SDS/Bund 3301, S. 5.

4 Brief von Alfred Nau an den Oberfinanzpräsidenten Bising vom 4.2.1948. Archiv der Sozialen Demokratie. Bestand: Kurt Schumacher 2/KSAA000205.

Die Vergabe der Stipendien erfolgte derweil in Zusammenarbeit mit dem SDS-Bundesvorstand. Im Oktober 1947 konnte Alfred Nau dem damaligen SDS-Bundessekretär Wolfgang Zeidler mitteilen, dass die FES 10.000 RM zur Bewilligung von Stipendien zur Verfügung stellt. Der SDS-Bundesvorstand legte als Bedingungen für den Erhalt eines Stipendiums fest, dass Zeugnisse der Bewerber_innen „eine ausreichende wissenschaftliche Qualifikation erkennen lassen“ und dass eine finanzielle Bedürftigkeit vorliegt sowie „aktive Mitarbeit in der SPD, SDS oder einer anderen Organisation der sozialistischen Bewegung [...], die eine neben dem Studium herlaufende Beschäftigung zum Gelderwerb unmöglich macht. In besonderen Fällen sollen auch andere persönliche Gründe anerkannt werden, die einen Nebenerwerb zur Finanzierung des Studiums als nicht möglich erscheinen lassen“.⁵ Die Stipendiat_innen wurden meist von regionalen SDS-Gruppen vorgeschlagen und mussten vom SDS-Bundessekretariat bestätigt werden. So konnten zunächst zehn Stipendien à 150 RM pro Monat vergeben werden⁶, später gab es 26 Stipendienplätze.⁷ Meist wurden Personen gefördert, die sich im SDS engagierten und ihren Lebensunterhalt neben dem Studium kaum sichern konnten. Der prominenteste Stipendiat aus dieser Zeit ist sicherlich der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt. Er erhielt ab Mai 1948 ein Stipendium. Seit August 1947 war Schmidt SDS-Bundesvorsitzender und der SDS-Bundessekretär Ernst Heinsen attestierte ihm im Empfehlungsschreiben für das Stipendium „sich stets unter Zurückstellung seiner persönlichen Belange [...] unermüdlich der Sozialistischen Bewegung zur Verfügung [zu stellen]“.⁸

Bis 1954 wurden FES-Stipendien über den SDS vergeben. Am 1. Februar 1954 schließlich wurde die Friedrich-Ebert-Stiftung mit Prof. Dr. Gerhard Weisser als Vorsitzendem und Alfred Nau als stellvertretendem Vorsitzenden als gemeinnütziger Verein eingetragen. In den ersten beiden Jahren erhielt die Friedrich-Ebert-Stiftung Spenden von Gewerkschaften, der Bank für Gemeinwirtschaft, dem Zentralausschuss der sozialistischen Bildungsgemeinschaft und privaten Unternehmen. Ab 1956 empfing sie erstmals öffentliche Zuschüsse von Landes- und Bundesministerien, darunter vom Auswärtigen Amt, aus dessen Zuwendungen bis heute die Förderung internationaler Stipendiat_innen finanziert wird. Ab 1957 gewährte das Bundesinnenministerium der FES Mittel, die für die „Hochbegabtenförderung“ bestimmt waren.⁹ Zu diesem Zeitpunkt erhielten fünf Werke Bundesmittel zur Begabtenförderung, die damit insgesamt 2 % der deutschen Studierenden förderten.¹⁰ Bereits 1956 gründeten die Studienstiftung des Deutschen Volkes, das katholische Cusanuswerk, das Evangelische Studienwerk Villigst, die Stiftung Mitbestimmung der Gewerkschaften und die Friedrich-Ebert-Stiftung die Arbeitsgemeinschaft der Begabtenförderwerke.¹¹ Nach

5 Brief von W. Zeidler an A. Nau vom 28.10.1947. Archiv für Soziale Demokratie. Bestand: SDS 13.

6 Protokoll der Vorstandssitzung des SDS vom 23./24.10.1947, Düsseldorf. Archiv der Sozialen Demokratie. Bestand: SDS/Bund 3301, S. 4.

7 Protokoll der Bundesvorstandssitzung des SDS vom 13.-15.3.1949, Sudelfeld. Archiv der Sozialen Demokratie. Bestand: SDS/Bund 3301.

8 Befürwortung des Stipendiums für Helmut Schmidt durch Ernst Heinsen an die FES vom 5.4.1948. Archiv der Sozialen Demokratie. Bestand: SDS/36.

9 1957 wurde der „Zuschuß zur die Förderung von begabten und bedürftigen Studenten an deutschen wissenschaftlichen Hochschulen, Tit. 622 – bisher Zuschuß für die Studienstiftung des Deutschen Volkes –, [...] von 5 Millionen DM auf 33 Millionen DM [...] erhöht“. Protokoll der 207. Sitzung des 2. Deutschen Bundestags. Bonn, 8. Mai 1957.

10 Protokoll der 23. Sitzung des Deutschen Bundestags der 3. Wahlperiode. Bonn, 18. April 1958.

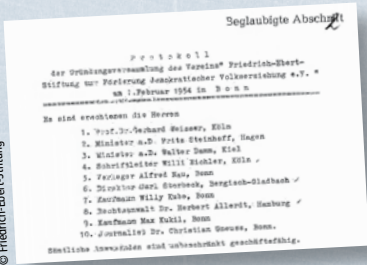
11 FES (Hrsg.): Bericht über die Hochbegabtenförderung und die Sonderstipendien der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 1962. Bonn 1963, S. 5; FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1971. Bonn 1972, S. 9.

Verbot und Neugründung

Alfred Nau, hier um 1946, gründete 1947 als SPD-Parteikassierer die FES neu. Ab 1954 war er 2. Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., von 1970 bis 1983 dessen Vorstandsvorsitzender.



© AGSD der FES



© Friedrich-Ebert-Stiftung

Am 1. Februar 1954 versammelten sich zehn „Herren“ um die Friedrich-Ebert-Stiftung als Verein eintragen zu lassen und einen Vorstand zu wählen. Die Förderung von Studierenden und Promovierenden wurde fortan als Satzungszweck neben der politischen Bildung und internationalen Verständigung festgeschrieben.



Helmut Schmidt, hier um 1954 als junges Mitglied des Bundestages, wurde 1947 und 1948 als einer der ersten Stipendiat_innen nach der Neugründung der FES gefördert.

© J.H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung

Als Organisation der Sozialdemokratie wurde die Friedrich-Ebert-Stiftung 1933 verboten. 1947 knüpfte sie jedoch wieder an ihre Tätigkeit in der Weimarer Republik an. Sozialdemokratisch engagierte Studierende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) appellierten an die SPD, die „bis 1933 bestandene Friedrich-Ebert-Stiftung für notleidende Studenten wieder aufzunehmen“. Bis 1954 wurden über den SDS-Vorstand einige Dutzend Stipendien vergeben, die vorwiegend aus Mitteln der SPD finanziert wurden. Der prominenteste Stipendiat aus dieser Zeit ist wohl der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt, der von 1947 bis 1948 SDS-Vorsitzender war.

Nachdem die FES bereits 1947 vom damaligen SPD-Schatzmeister Alfred Nau als selbstständige Organisation gegründet worden war, wurde sie am 1. Februar 1954 schließlich als gemeinnütziger Verein mit dem Zweck der Förderung begabter und bedürftiger Studierender sowie demokratischer Erwachsenenbildung eingetragen. In den ersten beiden Jahren erhielt die Friedrich-Ebert-Stiftung Spenden, ab 1956 erstmals öffentliche Zuschüsse von Landes- und Bundesministerien, darunter vom Auswärtigen Amt. Aus dessen Zuwendungen wird bis heute die Förderung internationaler Stipendiat_innen finanziert. 1957 gewährte das Bundesinnenministerium der FES Mittel zur „Hochbegabtenförderung“. Seit seiner Gründung im Jahr 1970 stellt das Bundesbildungsministerium die Mittel für die Studienförderung zur Verfügung.

Das Selbstverständnis der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde Mitte der 1950er Jahre formuliert und berief sich auf drei Gründungsziele von 1925: „demokratische Volks-erziehung, internationale Verständigung und Förderung deutscher und internationaler Studierender“. Damit bezog man sich auf das Wirken Friedrich Eberts als Reichspräsident und dessen Einsatz für den Aufbau der Demokratie in der Weimarer Republik. Auch die FES-Studienförderung bezog sich in ihrem Wunsch, einen Beitrag zur Überwindung sozial bedingter Bildungsbarrieren zu leisten, stets auf ihr historisches Erbe.



© J.H. Darchinger/FES



© AGSD der FES



© FES

1967 wurde der Grundstein des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn gelegt (Bild: Willy Brandt mit dem damaligen FES-Geschäftsführer Günter Grunwald und Alfred Nau). 1974 schuf ein Erweiterungsbau Platz für weitere Mitarbeiter_innen der FES. Nach einem weiteren Anbau 1988 konnte schließlich die Studienförderung aus dem Dreizehnmorgenweg in die Godesberger Allee ziehen.

seiner Gründung im Jahr 1970 stellte das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft die Mittel zur Studienförderung zur Verfügung.¹²

Das Selbstverständnis der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde Mitte der 1950er Jahre formuliert und berief sich auf drei Gründungsziele von 1925: „demokratische Volks-erziehung, internationale Verständigung und Förderung deutscher und internationaler Studierender“.¹³ Noch 1966 hielt Alfred Nau als damaliger geschäftsführender Vorsitzender im Jahresbericht der Studienförderung fest: „Von der Fähigkeit und dem Engagement der Älteren, ihre Erfahrungen und die Lehren der Weimarer Zeit, der NS-Zeit und der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur im anderen Teil Deutschlands in den Nachkriegsjahren der jungen studentischen Generation kritisch, offen, menschlich und politisch überzeugend zu vermitteln, wird es entscheidend abhängen, ob die ‚politische und gesellschaftliche Erziehung von Menschen aus allen Lebensbereichen im demokratischen Geist und die Förderung des Verständnisses und der Verständigung zwischen Deutschland und anderen Ländern‘ im Sinne des Vermächtnisses des ersten deutschen Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, gelingen wird oder nicht.“¹⁴ Mit dem Vermächtnis bezog man sich auf das Wirken Friedrich Eberts als Reichspräsident und seinen Einsatz für den Aufbau der Demokratie. Entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklungen – und der Stabilisierung der deutschen Demokratie – betonte die FES-Studienförderung neben der Aufgabe, „antidemokratischen Kräften ein Gegengewicht entgegenzusetzen“ zunehmend auch ihren Beitrag „zur Überwindung sozial bedingter Bildungsbarrieren“.¹⁵ Die FES begreife „Begabtenförderung [...] als eine gesellschaftspolitische Aufgabe“, die eine „entscheidende Orientierung aus ihrer Verwurzelung in der demokratischen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie“ erfahre.¹⁶ Begabung werde von der Stiftung dementsprechend differenziert und „auch immer sehr dezidiert als Gewährung von Chancen zur Entfaltung von Begabung“ verstanden.¹⁷ Die beiden beschriebenen Ziele, Demokratieförderung und Bildungsgerechtigkeit, liegen – in ihrem teilweise auch spannenden Verhältnis zum Anspruch eines Begabtenförderwerkes – auch heute der FES-Studienförderung zugrunde.

ZAHLEN UND FAKTEN

Die Studienförderung ist heute im Vergleich zu ihren Anfängen ein „Massengeschäft“. Glücklicherweise, könnte man sagen. Denn dies bedeutet, dass vielen Studierenden und Promovierenden eine Unterstützung zukommen kann. Und, wie aus den zahlreichen guten Bewerbungen sichtbar wird, gäbe es sogar noch mehr förderungswürdige Personen. Gleichzeitig macht dies die von der Friedrich-Ebert-Stiftung gewünschte intensive individuelle Betreuung der Stipendiat_innen nicht einfacher.

12 Angaben zu den Einnahmen der Stiftung aus den Rechnungsprüfberichten der FES von 1954 bis 1970.

13 FES (Hrsg.): Bericht über die Hochbegabtenförderung und die Sonderstipendien der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 1963. Bonn 1964, S. 9.

14 FES (Hrsg.): Bericht über die Hochbegabtenförderung und die Sonderstipendien der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1966. Bonn 1976, S. 3.

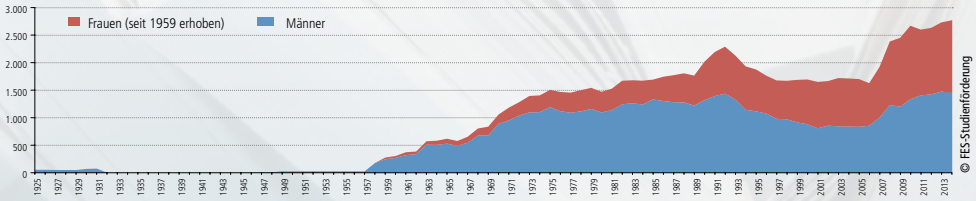
15 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung 1984. Bonn 1985, S. 9.

16 Ebd.

17 Ebd., S. 11.

Zahlen und Fakten

Zahl der Stipendiat_innen 1925 bis heute



Die Zahl der Stipendiat_innen hat sich seit 1957 stetig erweitert. Die Erhöhung der Bildungsausgaben unter der sozialliberalen Koalition in den 1970er Jahren, die Wiedervereinigung 1990 sowie die Stärkung des Stipendienwesens in Deutschland nach 2007 führten zu deutlichen Zuwächsen. Nach der Neugründung erhöhte die FES-Studienförderung den Anteil weiblicher Stipendiat_innen stetig. Seit Ende der 1990er Jahre liegt dieser bei ca. 50 % und entspricht damit dem Anteil weiblicher Studierender.

1925 bis 1931 konnten insgesamt 295 Stipendiat_innen aus den Mitteln der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt werden, bevor die insgesamt knapp 45.000 RM erschöpft waren. Auch die Stipendien nach 1947 waren zunächst auf zehn, später 26 Plätze begrenzt. Mit der Tätigkeit der FES als eines der vom Bund finanzierten Begabtenförderwerke ab 1956 stieg die Zahl der Stipendiat_innen dann stetig an. Im Bereich der Förderung von deutschen Studierenden und Promovierenden sowie Bildungsinländer_innen zeigen sich deutliche Zuwächse vor allem nach der Wiedervereinigung 1990. 2007 gab das Bundesbildungsministerium das Ziel aus, dass 1 % aller Studierenden ein Stipendium eines Begabtenförderwerks erhalten sollten. Die Mittel der damals elf Begabtenförderwerke, die zuvor 0,7 % der Stipendiat_innen förderten, wurden aufgestockt. Heute fördert die FES jährlich ca. 2.700 deutsche und internationale Studierende und Promovierende.

Das Bewerbungsverfahren der FES legt Wert auf Individualität. Bewerber_innen reichen zunächst schriftliche Unterlagen ein und führen nach einer Vorauswahl zwei Einzelgespräche mit einer Vertrauensdozentin/einem Vertrauensdozenten und einem Mitglied des Auswahl Ausschusses. Ohne den Einsatz dieser ehrenamtlich arbeitenden Gutachter_innen wäre die erfolgreiche Aufnahme so vieler Stipendiat_innen nicht möglich. Den

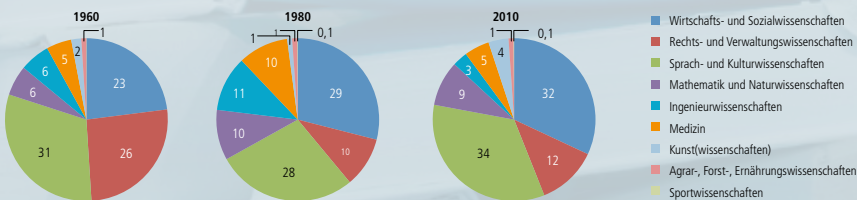


Quelle: AdSB der FES, Rechteinhaber nicht ermittelbar

Den Vorsitz des Ausschusses bekleidete zunächst der stv. FES-Vorsitzende Alfred Nau. 1967 wurde Prof. Dr. Friedrich Schäfer, MdB, (Bild) als Vorsitzender berufen, um die Unabhängigkeit des Ausschusses zu unterstreichen. 1987 löste ihn Prof. Dr. Hans-Peter Schneider ab. Die heutigen Vorsitzenden der mittlerweile drei Ausschussgruppen sind: Prof. Dr. Helene Harth, Prof. Dr. Jürgen Keßler und PD Dr. Simone Raatz, MdB.

Werten der Friedrich-Ebert-Stiftung nahe stehende Hochschullehrer_innen, aber auch Vertreter_innen aus Wirtschaft, Medien, Politik und Verwaltung, viele davon ehemalige Stipendiat_innen, leisten einen Beitrag dazu, vielversprechende Studierende und Promovierende zu identifizieren, die durch die Förderung in ihren Leistungen und ihrem Engagement für eine soziale Demokratie bestätigt und unterstützt werden. Mit steigenden Bewerbungs- und Förderzahlen musste auch dieser Kreis stetig erweitert werden. Heute begutachten 59 Auswahl Ausschussmitglieder und ca. 460 Vertrauensdozent_innen rund 1.000 Bewerber_innen pro Jahr.

Fächerverteilung in Prozent



Die Fächerverteilung der Stipendiat_innen hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht grundlegend verändert. Entsprechend der Ausrichtung der FES und ihres ideellen Förderprogramms bilden die Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften den Schwerpunkt unter den Geförderten. In letzter Zeit konnte der Anteil der Studierenden der bildenden und darstellenden Künste und Kunstwissenschaften erhöht werden. Der Ausbau des Anteils der MINT-Studierenden wird weiterhin angestrebt.

Trotzdem ist die FES-Studienförderung stolz auf das große Netzwerk aus aktuellen und ehemaligen deutschen und internationalen Stipendiat_innen, Vertrauensdozent_innen und Mitgliedern des Auswahlausschusses und die vielen Möglichkeiten, die sich daraus ergeben.

1925 bis 1931 konnten insgesamt 295 Stipendiat_innen aus den Mitteln der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt werden, bevor die Mittel erschöpft waren. Von der Gründung bis zum 31.12.1930 waren rund 50.000 RM geleistet worden.¹⁸ Auch die Stipendien, die nach 1947 vergeben wurden, waren zunächst auf zehn, später 26 Plätze begrenzt.¹⁹ Mit der Tätigkeit der FES als eines der vom Bund finanzierten Begabtenförderwerke stieg die Zahl der Stipendien ab 1956 dann stetig an. Heute fördert die FES durchschnittlich ca. 2.700 deutsche und internationale Studierende und Promovierende pro Jahr. Im Förderprogramm für Deutschen und Bildungsländer_innen zeigten sich deutliche Zuwächse vor allem nach der Wiedervereinigung 1990, aber auch seit 2007, als das Bundesbildungsministerium das Ziel ausgab, dass ein Prozent aller Studierenden ein Stipendium eines Begabtenförderwerks erhalten sollten. Die Mittel der damals elf Werke, die zuvor insgesamt 0,7 Prozent der Studierenden förderten, wurden dazu aufgestockt. Auch die Förderung internationaler Stipendiat_innen, die vom Auswärtigen Amt finanziert wird, wuchs nach 1956 stark an, stagniert aber seit den 1980ern. Insgesamt konnte die FES von 1956 bis heute über 20.000 deutsche und internationale Stipendiat_innen fördern.

Die Auswahl der Stipendiat_innen findet seit den 1950ern nach einem ähnlichen Muster statt. Die Bewerber_innen reichen schriftliche Unterlagen ein, seit Dezember 2010 zunächst in Form einer Onlinebewerbung, und werden nach einer Vorauswahl zu zwei Auswahlgesprächen mit einer Vertrauensdozentin/einem Vertrauensdozenten sowie einem Auswahlausschussmitglied eingeladen. Beide Gutachter_innen verfassen je eine Stellungnahme zur Bewerberin/zum Bewerber. Der Auswahlausschuss trifft sich mehrmals im Jahr zu Sitzungen, in denen anhand der schriftlichen Unterlagen und des persönlichen Eindrucks sowie vor dem Hintergrund der finanziellen Möglichkeiten über die Aufnahme der einzelnen Kandidat_innen entschieden wird. Zwischen 1966 und 1980 wurden Bewerber_innen vor der Entscheidung zu sogenannten Auswahlseminaren eingeladen. In der Diskussion über gesellschaftspolitische Themen konnten sie ihre Stärken präsentieren. Aufgrund der großen Anzahl an Bewerbungen wurde nach 1980 auf diese Praxis verzichtet und es wurden stattdessen Einführungsseminare für die neu aufgenommenen Stipendiat_innen finanziert.²⁰ Ohne den Einsatz der ehrenamtlich arbeitenden Gutachter_innen, viele davon selbst ehemals Geförderte, wäre die erfolgreiche Aufnahme der vielen Stipendiat_innen nicht möglich. Den Werten der Friedrich-Ebert-Stiftung nahestehende Hochschullehrer_innen, aber auch Vertreter_innen aus Wirtschaft, Medien, Politik und Verwaltung leisten einen Beitrag dazu, vielversprechende Studierende und Promovierende zu identifizieren, die durch die Förderung in ihren Leistungen und ihrem

18 Zahlen aus dem Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1926, S. 74; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928, S. 129f; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929, S. 235; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930, S. 192f; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, S. 116.

19 Siehe die Protokolle der SDS-Vorstandssitzungen zw. 1947 und 1954, Fn. 6 und 7.

20 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung 1981. Bonn 1982, S. 5.

Engagement für eine soziale Demokratie bestätigt und unterstützt werden. Mit steigenden Bewerbungs- und Förderzahlen musste natürlich auch dieser Kreis stetig erweitert werden. Bestand der Auswahlausschuss bis in die 1980er Jahre aus etwas über 20 Mitgliedern, wuchs er nach 1990 auf rund 30 Mitglieder, die in zwei getrennten Gruppen tagten. 2012 wurde er noch einmal auf nun rund 60 Mitglieder erweitert, die in drei Gruppen insgesamt acht Mal im Jahr tagen. Die Zahl der Vertrauensdozent_innen belief sich 1973 noch auf rund 150, im Jahr 1993 bereits auf 380. Bis 2013 nahm sie dann weiter zu auf momentan ca. 460 Personen. Die hohe Zahl an Gutachter_innen ermöglicht es den Bewerber_innen, ohne weite Anreise Gespräche mit fachlich nahe stehenden Vertrauensdozent_innen und Auswahlausschussmitgliedern zu führen.

INTERNATIONALE FÖRDERUNG

Der „Bericht über die Hochbegabtenförderung im Haushaltsjahr 1959/60“ der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt Auskunft über die Entwicklung und Zielsetzungen der Förderung internationaler Studierender und Promovierender: „Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert neben den deutschen Stipendiaten eine große Anzahl von ausländischen Studenten, davon überwiegend solche aus Entwicklungsländern. Die Förderung ausländischer Studenten durch die Friedrich-Ebert-Stiftung hat schon kurz nach der Gründung der Stiftung im Jahre 1925 begonnen. Damals ergab sich [die] Studienförderung von Ausländern aus dem engen Kontakt der Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Mandatsprüfungskommission des Völkerbundes in Genf. Diese Förderung wurde nach der Unterbrechung der Arbeit durch das Dritte Reich nach 1945 wieder aufgenommen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hält die Förderung und Betreuung von ausländischen Stipendiaten für einen außerordentlich wichtigen Teil ihrer wissenschaftlichen und internationalen Arbeit. Sie geht davon aus, daß junge ausländische Akademiker in der Bundesrepublik nur mit Gewinn studieren können, wenn sie neben den Lehrveranstaltungen [...] Gelegenheit haben, sich mit den Verhältnissen des Gastlandes eingehend vertraut zu machen und in einem Kreis von deutschen Freunden zu leben [...]. Es ist notwendig, daß sich aus diesen freundschaftlichen Kontakten festere Bindungen für einen größeren Zeitraum entwickeln; denn alle wirtschaftlichen und finanziellen Hilfen der Bundesrepublik und alle politischen Erörterungen über die Zukunft der Entwicklungsländer [...] bleiben blutleer, wenn nicht die jungen Akademiker [...] ihre Freundschaft zu unserem Land auf tiefere Erfahrungen [...] gründen können. Darüber hinaus ist das Zusammenleben der deutschen Stipendiaten mit ihren ausländischen Kommilitonen [...] eine wertvolle Bereicherung [...], und im übrigen soll es für sie zur Selbstverständlichkeit werden, mit jungen Menschen aus afrikanischen und asiatischen Ländern zu arbeiten und zu leben.“²¹ Diesen frühen Ausführungen kann sich die FES-Studienförderung auch heute noch anschließen.

Neben Völkerverständigung und der Hilfe für die sogenannten Entwicklungsländer gewann seit den 1960er Jahren langsam noch ein weiteres Ziel an Bedeutung: die Unterstützung demokratischer Kräfte. Die FES-Studienförderung legte zum Beispiel

21 FES (Hrsg.): Bericht über die Hochbegabtenförderung im Haushaltsjahr 1959/60. Bonn 1960, S. 21f.

im Jahr 1968 Sonderprogramme für griechische und tschechoslowakische Studierende auf, die unter dem Militärputsch in Griechenland bzw. dem Einmarsch der sowjetischen Truppen zur Beendigung des Prager Frühlings zu leiden hatten.²² Ebenfalls wurden Exilstudierende aus Spanien und Portugal unterstützt. Im Laufe der Zeit zeigte sich die FES auch immer wieder flexibel, was punktuelle Sonderprogramme und Stipendien betraf, die teilweise von den internationalen Abteilungen an Studierende und Wissenschaftler_innen aus verschiedenen Erdteilen vergeben wurden. So förderte die FES in den 1980er Jahren eine große Zahl chinesischer Wissenschaftler_innen für zeitlich begrenzte Studienaufenthalte in der Bundesrepublik²³ und legte ein *Post-Graduates*-Programm für Osteuropa auf. Auch heute noch vergibt die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) der FES Stipendien für Forschungsaufenthalte in Deutschland an Wissenschaftler_innen, die im Ausland als Partner_innen für ihre Arbeit fungieren. Nach den dortigen Revolutionsbewegungen konnte die FES-Studienförderung seit 2012 insbesondere Studierende und Promovierende aus Nordafrika bei ihrem Studium in Deutschland unterstützen. Dies wurde durch Sondermittel des Auswärtigen Amtes möglich.

Ein wahres Zeichen stipendiatischer Solidarität wurde am 21. Mai 1971 gesetzt. An diesem Tag legte der Vorstand der FES auf Anregung von „ausländischen und deutschen Stipendiaten“ ein Konto an, auf das Stipendiat_innen ein Prozent ihres Stipendiums spenden konnten.²⁴ Dieser Solidaritätsfonds sollte „ausländischen Studenten, die wegen weltanschaulicher Intoleranz in ihrer Heimat nicht studieren können und deshalb in der Bundesrepublik oder anderen Ländern Zuflucht gesucht haben, zu einem von jeder Diskriminierung freien Studium verhelfen“.²⁵ Bis Ende 1971 hatten bereits über 700 aktuelle und auch ehemalige deutsche und ausländische Stipendiat_innen Einzugsermächtigungen an die Stiftung geschickt und durch zusätzliche Einzelspenden belief sich der Grundstock des Fonds auf über 30.000 DM. Seither vergibt ein Ausschuss aus Vertreter_innen der Stipendiat_innen, der Vertrauensdozent_innen und der Friedrich-Ebert-Stiftung Zuschüsse und Stipendien an „bedürftige ausländische Studierende sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler [...], die aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen verfolgt werden und/oder sich durch ihr Eintreten gegen Gewaltherrschaft und ihr Engagement für Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie ausgezeichnet haben.“²⁶ Das Projekt ist bis heute erfolgreich. Im Jahr 2013 wurden über 275.000 Euro eingenommen, wovon 32 Stipendiat_innen unterstützt wurden.²⁷ Insgesamt konnte der Fonds seit 1970 rund 1.100 Personen fördern.

22 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung im Jahre 1968. Bonn 1969, S. 69.

23 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung 1981. Bonn 1980, S. 53.

24 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung im Jahre 1970. Bonn 1971, S. 80.

25 Ebd.

26 FES (Hrsg.): Jahresbericht des Solidaritätsfonds 2013 (Flyer). Bonn 2014.

27 Ebd.

Internationale Förderung



© FES-Studienförderung

Internationale Stipendiat_innen besuchen 1991 die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Bei der Förderung internationaler Stipendiat_innen beruft sich die Stiftung auf eine Tradition, die bereits 1925 durch Kontakte zum Völkerbund in Genf begann. Nach der Neugründung der FES erhielt sie 1956 zum ersten Mal finanzielle Zuwendungen vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, wovon Stipendien für internationale Studierende und Promovierende vergeben wurden. Die Förderung richtete sich an Personen aus sog. Entwicklungsländern, die zum Studium bzw. zur Promotion nach Deutschland kamen und nach der Rückkehr ins Heimatland ihr Wissen dort einsetzten. Ein anderer Aspekt war aber auch die Völkerverständigung. Für die deutschen Stipendiat_innen sollte es durch die gemeinsame Förderung mit „ihren ausländischen Kommilitonen [...] zur Selbstverständlichkeit werden, mit jungen Menschen aus afrikanischen und asiatischen Ländern zu arbeiten und zu leben“ (aus dem Jahresbericht der FES-Studienförderung 1959/60).



© FES-Studienförderung

Internationale FES-Stipendiat_innen beim Einführungsseminar in der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel 2010.

Seit den 1960er Jahren gewann noch ein weiteres Ziel an Bedeutung: die Unterstützung demokratischer Kräfte. Die Studienförderung legte 1968 Sonderprogramme für griechische und tschechoslowakische Studierende auf, die ihre Heimatländer aufgrund des Militärputsches bzw. der militärischen Beendigung des Prager Frühlings verlassen mussten. In letzter Zeit konnte die FES-Studienförderung durch Sondermittel des Auswärtigen Amtes insbesondere Studierende und Promovierende aus Nordafrika nach den dortigen Revolutionsbewegungen fördern.



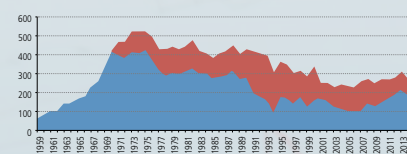
© FES-Studienförderung

Internationale Stipendiat_innen bei einem Treffen 2013.

Ein wahres Zeichen stipendiatischer Solidarität wurde am 21. Mai 1971 mit der Gründung des Solidaritätsfonds gesetzt. Seither spenden aktuelle und ehemalige Stipendiat_innen, um bedürftige ausländische Studierende und Promovierende zu fördern, „die aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen verfolgt werden und/oder sich durch ihr Eintreten gegen Gewaltherrschaft und ihr Engagement für Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie ausgezeichnet haben“ (aus der Satzung des Solidaritätsfonds). Bis heute konnten über 1.100 Personen unterstützt werden.

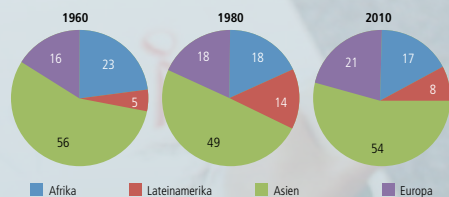
Zahlen der internationalen Stipendiat_innen

■ Promotionsförderung (Zahlen seit 1971 dokumentiert) ■ Grundförderung



Anders als die Förderung für Deutsche und Bildungsländer_innen (BMBF) stiegen die Mittel für das Förderprogramm internationaler Studierender nicht stetig an. Nach einem Rückgang in den 1970er und 1980er Jahren konnten in den letzten 20 Jahren meist zwischen 200 und 300 internationale Stipendiat_innen pro Jahr gefördert werden.

Herkunftsländer



© FES-Studienförderung

Der größte Anteil der internationalen Stipendiat_innen kommt aus Asien. War die Zahl afrikanischer Studierender in den 1960er Jahren am größten, erhöhte sich der Anteil lateinamerikanischer Stipendiat_innen bis in die 1980er deutlich. Nach dem Zerfall des Ostblocks kamen wiederum viele Studierende nach Deutschland, sodass der Anteil der Stipendiat_innen aus diesen Ländern ab den 1990ern deutlich anstieg.

PROMOTIONSFÖRDERUNG

Als eines der vom Bund finanzierten Begabtenförderwerke unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 1957 auch Promotionsvorhaben aus Mitteln des Bundes. Die Auswahlkriterien für die Promotionsförderung entsprachen dabei immer denen der Grundförderung. Auch von den Promovierenden wurde neben der „wissenschaftlichen Eignung für ein Fachgebiet“ und einer „ausgeprägten Reife des Charakters“ „staatsbürgerliches Verantwortungsbewusstsein“²⁸ gefordert bzw. ab 1980 mit dem auch heute verwendeten Ausdruck „gesellschaftspolitisches Engagement im Sinne der Friedrich-Ebert-Stiftung“²⁹ erwartet. Nachdem bis Ende der 1970er Jahre „grundsätzlich Personen, die bereits Stipendiaten der Stiftung sind oder waren“ in die Promotionsförderung aufgenommen wurden und nur in „Ausnahmefällen [...] auch andere Bewerber“³⁰, weichte diese Regelung ab den 1980er Jahren auf. Heute kann sich jede_r Promovierende für die Förderung der FES bewerben.

Die FES förderte seit jeher Studien- und Promotionsvorhaben aller Fachrichtungen. Bereits in den ersten Jahresberichten seit 1958 ist die große Bandbreite der Promotionsarbeiten zu erkennen, z. B.: „Die Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJK) und des Internationalen Kampfbundes (ISK)“, „Der freie Geist und die Politik. Zum Problem des Politischen bei Robert Musil“, „Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich“ oder „Seeverkehr und Pfundzoll im Herzogtum Preußen“. Aufgrund der stiftungsinternen Expertise und der Interessen der Stipendiat_innen bildeten Arbeiten der Sozial- und Geisteswissenschaften stets einen Schwerpunkt. So überrascht es nicht, dass auch in den folgenden Jahren politisch-historische Themen hinzukamen wie „Das historisch-soziologische Verhältnis des westeuropäischen Anarcho-Syndikalismus zum Marxismus“, „Zur Rezeption der sowjetischen Deutschlandpolitik durch Bundesregierung und Opposition bis 1955“, „Die Stellung der SPD zur Strafrechtsreform unter Berücksichtigung ihrer Wandlung von einer Klassenkampfpartei zur Volkspartei“ oder auch entwicklungspolitische Themen wie „Die Rohstoffwirtschaft Gabuns. Geschichte, Struktur, Probleme“ und „Das nigerianische Experiment. Demokratie und nationale Integration in einem Entwicklungsland“. Dazwischen finden sich jedoch immer auch naturwissenschaftliche Fragestellungen: „Kugelwellen in idealen Gasen mit innerer Reibung und Wärmeleitung“ oder „Eine experimentelle Studie zur Physiologie des dreistacheligen Stichelings *Gasterosteus Aculeatus* L.“ sowie Sprach- und Literaturwissenschaftliches: „Sartres Theorie der Entfremdung“, „Die von den Tiernamen abgeleiteten italienischen Ortsnamen“.³¹ Auch heute brisant erscheinende Probleme sind in der Rückschau nicht ganz neu, wie eine Promotion zum Thema „Schulreform und Chancengleichheit. Eine Untersuchung der schwedischen Gesamtschulreform“ aus dem Jahr 1974 zeigt.³²

28 FES (Hrsg.): Bericht über die Hochbegabtenförderung im Haushaltsjahr 1958/59. Bonn 1959, S. 3.

29 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung 1980. Bonn 1981, S. 11.

30 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung 1979. Bonn 1980, S. 14.

31 Die Themen der Promotionen von FES-Stipendiat_innen sind aus den Jahresberichten der FES-Studienförderung zwischen 1961 bis 1980 entnommen.

32 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung 1974. Bonn 1975, S. 34.

Promotionsförderung



© FES-Studienförderung

Promotionsstipendiat_innen bei einer Führung durch das Archiv der sozialen Demokratie der FES beim Einführungsseminar im Dezember 2014.

Seit 1957 unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung als eines der vom Bund finanzierten Begabtenförderwerke auch Promotionsvorhaben. Die Auswahlkriterien für die Promotionsförderung entsprachen dabei immer denen der Grundförderung. Auch von den Promovierenden wurde neben der „wissenschaftlichen Eignung für ein Fachgebiet“ und einer „ausgeprägten Reife des Charakters“, „staatsbürgerliches Verantwortungsbewusstsein“ bzw. ab 1980 im heutigen Sprachgebrauch „gesellschaftspolitisches Engagement im Sinne der Friedrich-Ebert-Stiftung“ erwartet.

Die FES förderte seit jeher Studien- und Promotionsvorhaben aller Fachrichtungen. Bereits in den ersten Jahresberichten seit 1958 finden sich Themen vom politisch-historischen über das literarische bis zum naturwissenschaftlichen Spektrum, z.B.: „Zur Rezeption der sowjetischen Deutschlandpolitik durch Bundesregierung und Opposition bis 1955“ oder „Kugelwellen in idealen Gasen mit innerer Reibung und Wärmeleitung“. Auch heute brisant erscheinende Probleme sind in der Rückschau nicht ganz neu, wie eine Promotion zum Thema „Schulreform und Chancengleichheit. Eine Untersuchung der schwedischen Gesamtschulreform“ aus dem Jahr 1974 zeigt.



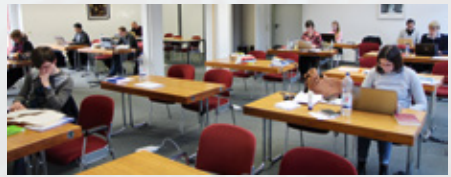
Die Promotionsstipendiat_innen der FES schreiben zu vielfältigen Themen. Das Promotionsprojekt der ehemaligen FES-Stipendiatin Sonja Proffittlich beschäftigte sich zum Beispiel mit dem ehemaligen Bundesjustizminister Gerhard Jahn. Die Dissertation erschien 2010.

© Verlag J.H.W. Dietz Neudorf

Stipendiat_innen in der Promotionsförderung für Deutsche und Bildungsinländer_innen



Wie in der BMBF-Grundförderung stieg auch im Förderprogramm für Promovierende die Zahl der Stipendiat_innen stetig an. Momentan werden um die 350 Promovierenden pro Jahr gefördert.



© FES-Studienförderung

Die ideale Förderung bietet viele Formate zum wissenschaftlichen Austausch. Seit 2014 nutzen Promotionsstipendiat_innen die Gelegenheit, in Promotionsilliten gemeinsam zu arbeiten und sich mit Experten der FES auszutauschen.

Die heutigen Förderziele heben auf Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit und Vielfalt ab. Die Expertisen der Nachwuchswissenschaftler_innen werden in die nationale und internationale Wissenschaftsgemeinde und in politische Diskursräume der Sozialen Demokratie vermittelt. Zur Profilierung der Förderung veranstaltet die FES-Studienförderung wissenschaftliche Fachtagungen zu politisch relevanten Themen und veröffentlicht die Ergebnisse in eigenen Publikationen. Herausragende Dissertationen werden seit 1999 in der „Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung“ im LIT Verlag herausgegeben. Alle Abschlussarbeiten, die Stipendiat_innen der Abteilung Studienförderung zur Verfügung stellen, sind darüber hinaus in einer Datenbank der Bibliothek der FES abrufbar. Diese stellt einen Expert_innen-Pool für das FES-Netzwerk dar.



© FES-Studienförderung

Auf Einführungsseminaren erhalten neu aufgenommene Stipendiat_innen einen Einblick in die FES-Förderung und stellen ihre Promotionsprojekte vor, hier auf dem Einführungsseminar im Dezember 2014 in Bad Münstereifel.



© FES-Studienförderung

Das Bildungsprogramm führt die Stipendiat_innen hin und wieder auch ins Ausland. Vom 14. bis 18. Oktober 2013 beschäftigten sich FES-Promotionsstipendiat_innen in Athen mit neuen Formen politischer Partizipation.

Die heutige FES-Promotionsförderung zielt auf Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit und Vielfalt ab. Die Expertisen der Nachwuchswissenschaftler_innen werden in die nationale und internationale Wissenschaftsgemeinde und in politische Diskursräume der Sozialen Demokratie vermittelt. Zur Profilierung der Förderung veranstaltet die FES-Studienförderung wissenschaftliche Fachtagungen zu politisch relevanten Themen und veröffentlicht die Ergebnisse in eigenen Publikationen. Herausragende Promotionsvorhaben werden seit 1999 in der „Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung“ im LIT Verlag herausgegeben. Alle Abschlussarbeiten, die Stipendiat_innen der Abteilung Studienförderung zur Verfügung stellen, sind darüber hinaus in einer Datenbank der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung abrufbar, die somit einen Expert_innen-Pool für das FES-Netzwerk darstellt.

BILDUNGSPOLITIK

Die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet als gemeinnützige politische Stiftung öffentlichen Diskussionsraum für alle wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen, bringt entscheidende Akteur_innen zusammen, publiziert wissenschaftliche Expertise und schafft Kompetenz-Netzwerke, die ihr Wissen wiederum in den politischen Prozess einbringen können. Die Abteilung Studienförderung und ihre Stipendiat_innen begleiten dabei stets die bildungs- und hochschulpolitischen Entwicklungen in Deutschland, die auch die Arbeit eines Begabtenförderwerkes stark beeinflussen. Kernthemen waren und sind für die den Werten der Sozialen Demokratie nahestehende FES Bildungsgerechtigkeit und eine demokratische Hochschule.

Letzteres begründet sich vor allem aus den schlechten Erfahrungen in der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus. So formulierte der damalige FES-Geschäftsführer Dr. Günter Grunwald rückblickend im Jahresbericht der Studienförderung 1971: „Die politische Gegnerschaft und Feindschaft großer Teile der deutschen Intelligenz gegen die Demokratie und den Staat von Weimar waren es, die uns schon mit Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1925 veranlaßten, die Förderung von begabten deutschen und ausländischen Studenten aufzunehmen, die aufseiten der Demokratie und der internationalen Verständigung standen. Nach 1945, als wir aus kleinsten Anfängen auch unsere Studienförderung wieder aufbauten, haben wir öffentlich keinen Zweifel an unserer Überzeugung gelassen, daß die ‚deutschen Universitäten in ihrer passiven Haltung mit für das Versagen des deutschen Volkes im Dritten Reich‘ verantwortlich waren.“ Deswegen fördere die Friedrich-Ebert-Stiftung staatsbürgerlich verantwortungsbewußt handelnde Studierende, die sich für die Demokratie als gesellschaftsgestaltendes Prinzip engagierten.³³

33 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1971. Bonn 1972, S. 9.

Bildungspolitik



Ende der 1960er Jahre formierte sich Protest unter Studierenden hinsichtlich der Verhältnisse an Hochschulen und in der Gesellschaft. Diese Debatten wurden von Stipendiat_innen auch in die Studienförderung getragen und auf verschiedenen Veranstaltungen diskutiert.

Die FES-Studienförderung sieht eine Aufgabe darin, durch Konferenzen, Publikationen und fachliche Netzwerke an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik zur öffentlichen Diskussion im Bereich Bildungspolitik beizutragen. Von „Plagiatsfällen in der Wissenschaft“ über die digitale Bildungsrevolution „Von Moodle bis MOOC“ bis zu „Inklusion in der beruflichen Bildung“ wurden in den letzten Jahren zahlreiche Fragen diskutiert. Kernthemen waren und sind für die den Werten der Sozialen Demokratie nahestehende Stiftung aber immer auch Bildungsgerechtigkeit sowie die demokratische Hochschule.

Beides gehört zum Vermächtnis der FES. So formulierte der damalige FES-Geschäftsführer Dr. Günter Grunwald 1971 rückblickend: „Die politische Gegnerschaft und Feindschaft großer Teile der deutschen Intelligenz gegen die Demokratie und den Staat von Weimar waren es, die uns schon mit Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1925 veranlaßten, die Förderung von begabten deutschen und ausländischen Studenten aufzunehmen, die auf seiten der Demokratie und der internationalen Verständigung standen.“ Auch nach 1945 war die FES deshalb veranlasst, „staatsbürgerlich verantwortungsbewußt handelnde Studierende“ zu fördern, die sich für die Demokratie engagierten.

Zu Bildungsgerechtigkeit kann die Friedrich-Ebert-Stiftung durch ihre Stipendien selbst ein Stück beitragen. Auch wenn sie als Studienförderwerk erst spät ansetzen kann. Dabei gilt es die von vielen Seiten konstatierte Selektivität im deutschen Bildungssystem im Auswahlprozess der Studienförderung nicht noch zu verstärken und bestimmte Zielgruppen wie Erstakademiker_innen, also diejenigen, die als erste in ihrer Familie studieren, Personen mit Migrationshintergrund, Frauen und Fachhochschul_innen besonders zu ermutigen, sich zu bewerben, und sie in ebensolchem Maß in die Förderung aufzunehmen. Für mehr Bildungsgerechtigkeit machen sich auch die FES-Stipendiat_innen in verschiedenen Aktionen stark, wie zum Beispiel dem Bildungsgerechtigkeitsfonds, der Projekte zum Abbau von Bildungshürden unterstützt.



© Johannes Beck

Eine besonders häufig nachgefragte Publikation der FES zum Thema Bildungspolitik.



© Andrea Schmidt

© Eric Maleswlat

Als Reaktion auf die deutliche Erhöhung des elternunabhängig gezahlten Büchergeldes (heute Studienkostenpauschale) durch das BMBF gründeten FES-Stipendiat_innen 2010 den Bildungsgerechtigkeitsfonds zum Abbau sozial bedingter Bildungsbarrieren. Im November 2013 engagierten sich FES-Stipendiat_innen in einem „Bildungsgerechtigkeitsmonat“ für gleiche Bildungschancen.



© Mark Bollhorst

Prof. Dr. Gesche Joost bei der Konferenz „Von Moodle bis MOOC – Digitale Bildungsrevolution durch E-Learning?“ im November 2013.

Die Konferenz zum Thema „Gleichberechtigter Zugang zu beruflicher Bildung“ im September 2014 wurde simultan in Gebärdensprache und Schrift gedolmetscht.



© Johannes Beck

© Mark Bollhorst

Erste interne Debatten zwischen der Abteilung Studienförderung und ihren politisch denkenden und kritischen Stipendiat_innen ergaben sich in der Zeit der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre. Bei allem Verständnis und Wohlwollen sah sich der Leiter der Abteilung Studienförderung Egon Erwin Müller 1969 gezwungen festzuhalten: „Politisch haben wir in diesem Jahr in den Diskussionen mit unseren Studenten keinen Zweifel daran gelassen, daß sich die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung weder zu einer Einrichtung der außerparlamentarischen Opposition noch zu einem ersatzpolitischen Studentenverband ‚umfunktionieren‘ läßt.“³⁴ Schon zuvor wurde jedoch betont, dass die Stiftung „von ihren Studenten weder ‚stipendiensicherndes Verhalten‘ noch Konformismus [erwartet]. Was sie aber erwartet, ist bei intellektueller und politischer Redlichkeit staatsbürgerliches Engagement, das dazu führen muß, im Studium und später im Beruf den Menschen und die menschliche Gemeinschaft zum Kernpunkt aller politischen und moralischen Entscheidungen zu machen [...]“³⁵

Angesichts von aktuellen Entwicklungen, die zeigen, dass fehlendes demokratisches und politisches Bewusstsein, aber auch extremistische Positionen weiterhin in der deutschen Gesellschaft vorhanden sind, verliert die FES-Studienförderung ihr geschichtliches Vermächtnis nicht aus den Augen. Heute scheint aber vor allem auch die Bildungsgerechtigkeit in der Begabtenförderung als ein wichtiges zu bearbeitendes Thema. Als Förderwerk für Studierende und Promovierende setzt die FES-Studienförderung dabei erst recht spät im deutschen Bildungssystem an. Die von vielen Seiten konstatierte Selektivität im Primar- und Sekundarbereich beeinflusst bereits die soziale Zusammensetzung der Zielgruppe. Im Auswahlprozess gilt es vor allem darauf zu achten, diese Mechanismen nicht noch zu verstärken, und bestimmte Zielgruppen wie Erstakademiker_innen, also diejenigen, die als erste in ihrer Familie studieren, Personen mit Migrationshintergrund, Frauen und auch Studierende, die über den Zweiten Bildungsweg kommen, sowie Fachhochschüler_innen besonders zur Bewerbung zu ermutigen und sie in ebensolchem Maß in die Förderung aufzunehmen. Auch diese Aufgabe lässt sich aus der Gründungszeit ableiten. Wurde die FES doch auch mit dem Ziel gegründet „jungen, befähigten Proletariern“ ein Studium zu ermöglichen.³⁶

34 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1969. Bonn 1970, S. 9.

35 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1967. Bonn 1968, S. 4.

36 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1926. Berlin 1927, S. 74.

Ehemalige Stipendiat_innen



© Liliana Kaneva

Liliana Kaneva

Liliana Kaneva, geboren 1948 in Vratsa, studierte Internationale Beziehungen an der Universität für Volks- und Weltwirtschaft in Sofia. Nach der Promotion 1982 habilitierte sie 1989 mit der Arbeit „Politischer Katholizismus und Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik“. Seitdem ist sie Dozentin an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Sofia.

1985 erhielt sie ein FES-Stipendium zur Vertiefung ihrer wissenschaftlichen Arbeit in Bonn. Der Aufenthalt in Deutschland und die Forschungsarbeit in der Friedrich-Ebert-Stiftung haben nach eigener Aussage nicht nur ihre Entwicklung als Wissenschaftlerin, sondern auch ihr Weltbild geprägt.

Nach der Wende 1989 wurde Liliana Kaneva Mitarbeiterin im Zentrum für historische und politische Forschungen der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP). Sie trug zur Transformation der Partei und ihrer späteren Aufnahme in die Sozialistische Internationale und die Europäische Sozialdemokratische Partei bei. Liliana Kaneva veröffentlichte eine Reihe von Artikeln über die Sozialdemokratie in Europa und in Deutschland und organisierte mehrere Konferenzen zu diesem Thema. Heute ist Liliana Kaneva Direktorin des Zentrums für historische und politische Forschungen, stellvertretende Vorsitzende der Stiftung „Solidarische Gesellschaft“ sowie Mitglied des Nationalrates der BSP. Seit der Etablierung des FES-Büros in Sofia vor zwanzig Jahren arbeitet sie eng mit diesem zusammen.



© Liliana Kaneva

Liliana Kaneva (2. v. r.) bei der Veranstaltung des FES-Büros in Sofia „Die europäische Sozialdemokratie und die politische Linke in Bulgarien“ (22.–23. Januar 1996).



© Batbold Otgonbayar

Batbold Otgonbayar

Batbold Otgonbayar wurde 1982 in Ulaanbaatar geboren. Nach einem Studium der Politikwissenschaft in der Mongolei studierte er von 2004 bis 2009 an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Soziologie. Ab 2006 wurde er in der Grundförderung der FES für internationale Studierende gefördert. Hier engagierte er sich unter anderem als Sprecher in der Bundesvertretung für Stipendiat_innen.

Nach einem erfolgreichen Masterabschluss entschied sich Batbold Otgonbayar für die Arbeit im Sektor der aufstrebenden mongolischen Bergbauindustrie. Vermittelt durch das Frankfurter Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) unterstützte er zunächst die Arbeit der mongolischen NGO „Responsible Mining Initiative“ als „Communication and Development Expert“, bevor er 2010 eine Stelle bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) annahm. Dort ist Batbold Otgonbayar heute stellvertretender Programmdirektor und Senior Berater für nachhaltige Entwicklung der „Integrated Mineral Resource Initiative“ und weiß: „Der Weg von der einstigen Nomaden-Nation zum modernen Rohstoffexporteur ist lang.“

Auch als ehemaliger Stipendiat steht er in gutem Kontakt mit der Stiftung und leitete berufsorientierende Seminare für aktuelle Stipendiat_innen.



© Batbold Otgonbayar

Batbold Otgonbayar bei der Eröffnung des Forums „Unternehmerische soziale Verantwortung“ im November 2014.

Die FES-Studienförderung weist jedoch auch auf die gesellschaftspolitische Bedeutung des Themas Bildungsgerechtigkeit hin. Allen voran ist dies den Stipendiat_innen selbst ein Anliegen. 2010 gründeten Stipendiat_innen als Reaktion auf die vom BMBF durchgeführte Erhöhung der elternunabhängig gezahlten Studienkostenpauschale von 150 auf 300 Euro pro Monat einen Bildungsgerechtigkeitsfonds, dem Stipendiat_innen spenden und aus dem ausgewählte Projekte für mehr Bildungsgerechtigkeit finanziell unterstützt werden. Im November 2013 initiierte die Bundesvertretung der FES-Stipendiat_innen den „Bildungsgerechtigkeitsmonat“, in dem stipendiatische Hochschulgruppen in ganz Deutschland über Missstände im Bildungssystem informierten und sich ganz praktisch, zum Beispiel durch Vorleseaktionen und Bücherspenden, für Bildungsbenachteiligte engagierten.

2009 wurde die bildungspolitische Organisationseinheit der Friedrich-Ebert-Stiftung der Abteilung Studienförderung eingegliedert. Dort werden jährlich mehrere öffentliche Konferenzen zu bildungs-, hochschul- und wissenschaftspolitischen Themen veranstaltet und im „Netzwerk Bildung“ und „Netzwerk Exzellenz an deutschen Hochschulen“ tauschen sich Fachleute aus Wissenschaft und Politik zu aktuellen Themen aus. Diese Expertise wird der Öffentlichkeit wiederum in Publikationen zur Verfügung gestellt. Das Thema Bildungsgerechtigkeit wird auch hier wissenschaftlich bearbeitet. So fand 2010 eine Konferenz mit dem Thema „Bildungsgerechtigkeit in der Begabtenförderung – Ein Widerspruch in sich?“ speziell für die FES-Vertrauensdozent_innen statt. Die Abteilung leistet jedoch auch Beiträge zu vielen weiteren bildungspolitischen Debatten in Deutschland. Als Beispiele seien hier die Veranstaltungen und Publikationen zu den Themen „Plagiatsfälle in der Wissenschaft“, „Von Moodle bis MOOC. Bildungsrevolution durch E-Learning?“ und „Inklusion in der Schule – Und dann? Gleichberechtigter Zugang zu beruflicher Bildung“ genannt.

IDEELLE FÖRDERUNG

Die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung umfasst nicht nur eine finanzielle Unterstützung in Form von Stipendien. Mindestens ebenso wichtig war und ist das Angebot an Seminaren zu gesellschaftspolitischen Themen und die fachliche sowie auch interdisziplinäre Vernetzung der Stipendiat_innen. Ein in einem Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung abgedrucktes Zitat eines Stipendiaten bringt es auf den Punkt: „Durch die materielle Förderung hatte ich etwas zum Leben, von der ideellen Förderung habe ich etwas fürs Leben“.³⁷ Seit Eintragung der FES als gemeinnütziger Verein 1954 war mit Willi Eichler ein Vordenker der politischen Bildungsarbeit im FES-Vorstand vertreten. In einer programmatischen Rede in der Heimvolkshochschule der FES in Bergneustadt begründete Eichler deren Aufgabe insbesondere „mit der fehlenden Verwurzelung der deutschen Universitäten im deutschen Volk“.³⁸ Bei der

37 FES (Hrsg.): Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung 1997. Bonn 1998, S. 38.

38 FES (Hrsg.): Bericht über die Hochbegabtenförderung und die Sonderstipendien der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1966. Bonn 1967, S. 15.

Ehemalige Stipendiat_innen



© Photothek

Frank-Walter Steinmeier

Frank-Walter Steinmeier wurde 1956 in Detmold geboren. Nach dem Wehrdienst begann er 1976 ein Studium der Rechtswissenschaft, ab 1980 zusätzlich der Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Im Oktober 1979 wurde er in die Grundförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgenommen und bis zum Abschluss des Studiums 1982 gefördert. Die Zweite Juristische Staatsprüfung legte er 1986 ab und arbeitete anschließend bis 1991 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht in Gießen, wo er erfolgreich promovierte.

Ab 1975 engagierte sich Frank-Walter Steinmeier in der SPD. Nachdem er in verschiedenen Positionen in der Niedersächsischen Staatskanzlei tätig war, wechselte er 1998 auf die Bundesebene und war bis 2005 Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramtes. Von 2005 bis 2009 bekleidete Frank-Walter Steinmeier das Amt des Bundesaußenministers, das er nach der Bundestagswahl 2013 wieder übernahm. Zwischen 2009 und 2013 war er Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Frank-Walter Steinmeier ist ehrenamtlich in verschiedenen Verbänden tätig. 2009 hat er die Schirmherrschaft des Mentoring-Programms der FES übernommen.



© Photothek

Frank-Walter Steinmeier zu Studienzeiten



© Photothek



© Nichola Clark

Kim Bode

Kim Bode wurde 1987 in Berlin geboren. Von 2007 bis 2011 studierte sie an der Universität zu Köln Volkswirtschaft, Politik und Medienmanagement und erwarb parallel einen Abschluss an der Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft. Sie absolvierte in dieser Zeit Stationen beim SPIEGEL, beim öffentlich-rechtlichen Radio in Australien, bei sueddeutsche.de und beim Auswärtigen Amt.

Nach dem Studium zog es sie zunächst zurück nach Berlin, wo sie im Reuters-Newsroom fast täglich über die Wall Street berichtete. Seit 2011 lebt und arbeitet sie als Finanz- und Wirtschaftskorrespondentin in New York und schreibt für diverse deutschsprachige Medien, darunter Die Zeit, Zeit Online, NZZ am Sonntag, Handelsblatt und Der Freitag. 2012 wurde sie vom Medium Magazin zu den „Top 30 bis 30“ gewählt und mit dem BUSE Award als „Beste Nachwuchsjournalistin Kapitalmarkt“ ausgezeichnet. In der FES hat sie sich vor allem in der Jugend-MedienAkademie engagiert – und tut dies als Alumna auch heute noch.



© Kanzlei Buse Heberer Fromm, Frankfurt am Main

Kim Bode erhielt 2012 den Buse Award für Nachwuchsjournalist_innen, den die Kanzlei Buse Heberer Fromm in Zusammenarbeit mit dem Going-Public Magazin und der European Law Students' Association jährlich vergibt. Ausgezeichnet werden Artikel, die sich schwerpunktmäßig mit den Entwicklungen auf dem deutschen und europäischen Kapitalmarkt beschäftigen.

„demokratischen Volkserziehung“ in Bergneustadt gehe man vielmehr davon aus, „dass Angehörige aller Berufe und Gesellschaftsklassen sie nötig hätten“ und Heimvolkshochschulen „das demokratische Bewußtsein dauernd vertieften, indem sie die demokratischen Anforderungen des öffentlichen Lebens in freier Diskussion erarbeiteten“.³⁹

Dieses demokratische Bildungsideal galt auch von Anfang an für die stipendiatischen Seminare, die später vor allem im FES-Tagungshaus auf dem Venusberg in Bonn sowie in der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel durchgeführt wurden. Seitdem die Friedrich-Ebert-Stiftung 1956 als eines der vom Bund finanzierten Begabtenförderwerke tätig war, wurde den Stipendiat_innen ein Seminarprogramm angeboten, mit dem Ziel „ein vertieftes Verständnis politisch-gesellschaftlicher Probleme und demokratischer Praxis zu vermitteln und zugleich ihr politisches Engagement [...] zu fördern“.⁴⁰ Die Zahl der Seminare wuchs mit steigenden Förderzahlen stetig und die Seminarthemen orientierten sich damals wie heute an aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen.⁴¹ So finden sich in den ersten Jahren politische Themen, wie zum Beispiel „Formen und Ergebnisse wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Ost und West, aufgezeigt an bisherigen Ergebnissen der europäischen Integration und Tendenzen des Ostblocks“, „Die Lehren der Weimarer Republik“ oder „Parteien und Parteiensystem in Deutschland und in den Entwicklungsländern“, aber auch übergreifende Titel wie „Der Mensch im Schnittpunkt der Massenbeeinflussung und der politischen und kulturellen Willensbildung“ oder „Die junge Generation zwischen Skepsis und Verpflichtung“. Ende der 1960er Jahre wurden Themen der Studentenbewegung aufgegriffen und „Rechtsradikalismus im akademischen Bereich“ sowie „Hochschulreform und gesellschaftliche Reform“ diskutiert. Die 1970er Jahre waren geprägt von Themen der deutschen Teilung („Deutschland – zwei Staaten – eine Nation?“, „Chancen und Möglichkeiten der Abrüstung in Europa“), aber auch von neuen Entwicklungen in Technik und Natur („Computermodelle als Grundlage gesellschaftspolitischer Prognosen“, „Umweltschutz in der BRD“).

Auch heutige Herausforderungen erscheinen bei einem Rückblick in die Geschichte der FES-Studienförderung nicht neu. So hielt der Jahresbericht der Studienförderung 1980 fest, dass „der Stellenwert von Politik – im engeren Sinne – an den Hochschulen abgenommen hat, es wird sogar von Entpolitisierung gesprochen. Eine politische Stiftung, die demokratisches Engagement von ihren Stipendiaten erwartet, könnte dies vor Probleme stellen. In der Tat hat sich das Diskussionsklima und die politische Orientierung auch der Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung in den letzten Jahren stark verändert“.⁴² Einerseits sei die Atmosphäre in den Seminaren offener und toleranter geworden. Weniger politisch-theoretische Fundamentalausinandersetzungen als vielmehr Einzelprobleme und persönliche Betroffenheit erzeugten Engagement. Andererseits spielten aber auch Resignation, Rückzug aus politischer Organisation und teilweise Verständnisschwierigkeiten gegenüber demo-

39 Ebd.

40 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung 1976. Bonn 1977, S. 87.

41 Seminartitel aus den Jahresberichten der FES-Studienförderung 1958 bis 1984.

42 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung 1980. Bonn 1981, S. 75.

Ideelle Förderung



© J.H. Darching/Friedrich-Ebert-Stiftung

Willi Eichler, hier um 1960, baute als Vorstandsmitglied der FES von 1954 bis 1971 deren politische Bildungsarbeit auf und prägte mit seinen Überlegungen für ein demokratisches Bildungsideal auch das stipendiatische Bildungsprogramm. Nach seinem Tod 1971 gründeten Freunde von Eichler ein Bildungswerk unter seinem Namen.

Die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung umfasste nie nur eine finanzielle Unterstützung in Form von Stipendien. Mindestens ebenso wichtig war und ist die ideelle Förderung. Willi Eichler hob 1956 als FES-Vorstandsmitglied hervor, dass politische Bildungsveranstaltungen „das demokratische Bewußtsein dauernd vertiefen, indem sie die demokratischen Anforderungen des öffentlichen Lebens in freier Diskussion erarbeiteten“. Dieses demokratische Bildungsideal galt auch für das stipendiatische Seminarprogramm, das die Teilnehmer_innen seit jeher zu gesellschaftspolischem Engagement motivieren und befähigen soll.

Die Seminare orientierten sich damals wie heute an aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen. In den 1950er Jahren finden sich politische Themen, wie zum Beispiel „Die Lehren der Weimarer Republik“, aber auch übergreifende Titel wie „Die junge Generation zwischen Skepsis und Verpflichtung“. Ende der 1960er Jahre wurden Themen der Studentenbewegung aufgegriffen und „Hochschulreform und gesellschaftliche Reform“ diskutiert. Die 1970er Jahre waren geprägt von der deutschen Teilung („Deutschland – zwei Staaten – eine Nation?“), aber auch von neuen Entwicklungen in Technik und Natur („Umweltschutz in der BRD“).

In Seminaren zu gesellschaftspolitischen Themen, die meist von Stipendiat_innen durchgeführt werden, tauschen sich die Geförderten über Grundlagen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung aus. Das Bild zeigt Ergebnisse eines stipendiatischen Seminars zum Thema „Demokratiedefizit in der Europäischen Union“ aus dem Jahr 2010.



© FES-Studienförderung



© FES-Studienförderung

FES-Stipendiat_innen beim Besuch des Europäischen Parlaments in Brüssel 2010.



© FES

Stipendiatische Seminare tagten ab 1956 in der Heimvolkshochschule der FES in Bergneustadt (links) sowie später in der FES-Tagungsstätte Bonn-Venusberg (rechts). Nach deren Schließungen fand die ideelle Förderung bis Ende 2014 in der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münsterneifel statt. Dem Wunsch nach schneller Erreichbarkeit kommt die FES-Studienförderung nun durch bundesweite Seminare in verschiedenen Tagungshäusern nach.



© Annika Arnold

Bereits 1968 wurden stipendiatische Arbeitskreise eingerichtet, in denen FES-Stipendiat_innen zu gesellschaftspolitischen und sozialen Themen arbeiten und sich austauschen. Mittlerweile ist ihre Zahl auf über 30 angewachsen und deckt ein breites Spektrum ab. Das Bild zeigt den Besuch des AK Kultur bei der documenta 2013 in Kassel.

Seit 1985 gab es regelmäßig stipendiatische Kunstausstellungen. Auch musikalische Talente fördert die FES gerne (siehe Bild unten). Journalistisch arbeitende Stipendiat_innen können sich in speziellen Seminaren weiterbilden und geben ihre eigene Zeitschrift „Forum“ heraus. Ein Mentoring-Programm sowie berufsorientierende Seminare helfen beim Berufseinstieg.

Auch heute noch sind die stipendiatischen Seminare gut besucht und behandeln verschiedenste Themen von Gender-Fragen bis zu den Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums. Daneben vernetzen sich Stipendiat_innen in Hochschulgruppen vor Ort sowie in thematischen Arbeitskreisen. Die FES-Studienförderung ist stolz darauf, dass Stipendiat_innen in der ideellen Förderung mitbestimmen und das Seminarprogramm seit den 1980er Jahren zu weiten Teilen von Stipendiat_innen für Stipendiat_innen gemacht wird.



© Gabriele Gehlen

Das erste Seminar, das von Stipendiat_innen für Stipendiat_innen durchgeführt wurde, leitete die Stipendiatin Gabriele Gehlen (4. v. links, sitzend) im August 1975. Frau Dr. Gehlen gab später auch Seminare für die Abteilung Gesellschaftspolitische Information der FES.



© FES-Studienförderung

Stipendiat_innen, die sich im Arbeitskreis Musik engagieren, geben seit 2012 jährlich ein Neujahrskonzert (Foto aus dem Jahr 2013).

kratischen Institutionen eine Rolle. Gerade wenn sie nicht auf die inhaltlich-politischen Elemente ihrer demokratisch-sozialistischen Grundorientierung verzichten wollte, hätte sich die ideelle Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung hierauf einzustellen. „Im wesentlichen geht es darum, daß wir stärkere Informationskontakte persönlicher Art, nicht mehr nur abstrakte Informationen vermitteln.“⁴³

Die Studienförderung zeigte sich entsprechend auch offen für Themen außerhalb der Politik. Seit 1985 gab es regelmäßig Kunstausstellungen mit Beiträgen von Stipendiat_innen. Auch die musikalischen Talente der Stipendiat_innen förderte die Stiftung gerne. Seit 2012 findet jährlich ein Neujahrskonzert der FES-Stipendiat_innen in Bonn statt. In den 1980er Jahren bekam auch die Berufsorientierung im Seminarprogramm immer mehr Bedeutung und seit 2004 unterstützen im Mentoring-Programm, dessen Schirmherrschaft der ehemalige FES-Stipendiat Frank-Walter Steinmeier übernommen hat, ehemalige Stipendiat_innen aktuell Geförderte bei Fragen zur Studienausrichtung und zur Jobsuche. Besonders gefördert werden auch journalistisch arbeitende Stipendiat_innen, die sich in den Angeboten der „Journalistischen Praxis“ weiterbilden können. Seit 1995 geben die Stipendiat_innen auch ihre eigene Zeitschrift „Forum“ zu stipendiatischen und gesellschaftlichen Themen heraus.

Obwohl auch heute oft von Politikverdrossenheit unter Jugendlichen gesprochen wird, sind die stipendiatischen Seminare immer noch gut besucht. Nachdem in den 1990er Jahren natürlich der deutsche Einigungsprozess sowie aber auch die „Multikulturelle Gesellschaft“ und die Globalisierung thematisiert wurden, diskutierten die Stipendiat_innen in den letzten Jahren verschiedenste Themen von der EU-Osterweiterung über Gender-Fragen und Integrationspolitik bis zu nachhaltiger Energieversorgung und den Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums. Neben den Seminaren vernetzen sich die Stipendiat_innen auch in den Hochschulgruppen vor Ort sowie insbesondere in Arbeitskreisen. Letztere wurden bereits 1968 eingerichtet und erfuhren seit 2009 noch einmal eine große thematische Ausweitung. Mittlerweile arbeiten rund 30 stipendiatische Arbeitskreise an gesellschaftspolitischen, sozialen und kulturellen Themen.

Wie das Bildungsideal Willi Eichlers nahelegt, beschränkt sich die ideelle Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht darauf, den Stipendiat_innen Bildungsveranstaltungen anzubieten. Vielmehr wurde immer schon auf die Kompetenzen der Stipendiat_innen selbst Wert gelegt, die als engagierte und politisch denkende Studierende ihre Meinung äußerten. Schon 1968 betonte der damalige FES-Geschäftsführer Dr. Günter Grunwald, dass die Abteilung Studienförderung „wegen der wachen Mitarbeit und Kritik der Stipendiaten am wenigsten der Gefahr ausgesetzt [ist], routiniert ihre Aufgaben zu erledigen“. Die Studienförderung konfrontiere alle hauptamtlichen Mitarbeiter_innen der FES immer wieder mit Problemen und Forderungen der jungen Generation, was „hilfreich, wenn auch zuweilen unbequem“ sei, schließlich aber der

43 Ebd.

Ehemalige Stipendiat_innen



© Petra Popp

Petra Popp

Petra Popp wurde 1969 in Arzberg/Oberfranken geboren. 1989 nahm sie ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth auf, das sie – nach einem Studienaufenthalt an der Ecole de Commerce in Nantes – 1995 erfolgreich abschloss. Im dritten Semester wurde sie in die Grundförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgenommen.

Es folgte der berufliche Einstieg als Management Consultant bei Arthur Andersen. 1997 wechselte sie zur Siemens AG und arbeitete dort in verschiedenen Management-Positionen. Seit 2008 ist Petra Popp bei der Carl Zeiss AG tätig und mittlerweile Vorsitzende der Geschäftsführung der Carl Zeiss Meditec Vertriebsgesellschaft mbH in Deutschland, wo sie die Geschäftsbereiche Strategie, Marketing, Service sowie Finanzen verantwortet.

Seit 1998 ist Petra Popp als Vertrauensdozentin sowie als Mitglied des Auswahlausschusses ehrenamtlich für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Seither begutachtet sie meist über ein Dutzend Bewerber_innen pro Jahr, um während der Auswahlitzungen über die Aufnahme dieser und weiterer Kandidat_innen zu entscheiden. Zudem ist Petra Popp auch Mitglied des Managerkreises der FES.



© FES-Studienförderung

Petra Popp (5. v. r.) bei einer Dialogreise von Vertrauensdozent_innen und Auswahlausschussmitgliedern in den Senegal 2009.



© Henning Eichinger

Henning Eichinger

Henning Eichinger wurde 1959 in Frankfurt am Main geboren. Zwischen 1980 und 1985 studierte er an der Fachhochschule Dortmund Visuelle Kommunikation mit den Schwerpunkten Malerei, Illustration und Grafik-Design, ab 1983 mit einem Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit dem Abschluss des Studiums arbeitet Henning Eichinger als freischaffender Künstler.

Er erhielt weitere Stipendien und Preise und seine Arbeiten wurden in zahlreichen Ausstellungen in Deutschland und international gezeigt. Die letzte Beteiligung fand an der Ausstellung „Alle Tiere sind gleich!“ in der Städtischen Galerie Pforzheim 2014 statt. Unter anderem wurden Werke von Henning Eichinger 2011 im Kunstverein Böblingen gezeigt und 2008 in der Thomas-Morus-Akademie in Bensberg. 2006 und 2002 stellte er im Palais Porcia aus, organisiert vom Bundeskanzleramt in Wien. Als „Junge Kunst aus Deutschland“ konnte man seine Arbeiten 1992 in der Kunsthalle Kaliningrad sehen.

Seit 1997 hat Henning Eichinger eine Professur für Zeichnerische Darstellung und Künstlerisches Gestalten an der Hochschule Reutlingen im Studiengang Textil- und Modedesign und für Künstlerische Konzeption im Masterstudiengang Design. 2013 erhielt er für seine exzellente Hochschullehre den Lehrpreis des Landes Baden-Württemberg. Seit 1998 ist er als Vertrauensdozent für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig und begutachtet regelmäßig Bewerber_innen aus künstlerischen und gestalterischen Fachbereichen.



© SOEENIE Fotodesign, Aachen

Zum Licht, 2013, Ölfarbe, Lack auf Leinwand, 140 x 110cm
Henning Eichinger sieht seine künstlerische Arbeit als Möglichkeit, sprachlich unzugängliche Bereiche von Wissenschaft hervorzuheben und die Welt damit wie ein visuelles Mosaik zu erfassen.

FES „einen Vorsprung gegenüber anderen gesellschaftlichen Einrichtungen und Verbänden“ sichere.⁴⁴ Dementsprechend zeigte sich die Abteilung Studienförderung Anfang der 1980er Jahre auch offen dafür, den Stipendiat_innen „erweiterte Mitwirkung und Artikulation“ zu gewähren und damit auch der damals zu beobachtenden abnehmenden Bereitschaft, sich engagiert auf Organisationen und Institutionen einzulassen, entgegenzuwirken. Ende 1981 wurde die Bundesvertretungskonferenz der FES-Stipendiat_innen (BVK) ins Leben gerufen, auf der gewählte Vertreter_innen der FES-Hochschulgruppen zu einem zentralen Meinungsaustausch mit Mitarbeiter_innen der FES zusammenkommen konnten.⁴⁵ Die Stipendiat_innen wirkten nun zum Beispiel an der Auswahl der Themen und der Ausgestaltung der Seminare mit.⁴⁶ Diese Praxis besteht bis heute. Auch der langjährige Wunsch nach einer stipendiatischen Vertretung im Auswahlausschuss erfüllte sich 2014. Die BVK wählt nun eine Person, die die Grund- und Promotionsförderung kürzlich durchlaufen hat und dem Auswahlausschuss dann für drei Jahre angehört. Die FES-Studienförderung ist stolz darauf, dass das ideelle Förderprogramm weiterhin zu großen Teilen von Stipendiat_innen für Stipendiat_innen gemacht wird und so ein lebendiges Netzwerk entsteht.

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES ENGAGEMENT

Das gesellschaftspolitische Engagement ihrer Stipendiat_innen ist der Friedrich-Ebert-Stiftung seit jeher wichtig und bildet neben sehr guten Studienleistungen und einer überzeugenden Persönlichkeit eines von drei gleich gewichteten Auswahlkriterien für die Studienförderung. Die FES setzte sich auch dafür ein, dass dieser Punkt in allen Begabtenförderwerken als Voraussetzung für die Aufnahme in die Studienförderung galt. So heißt es im Jahresbericht von 1966: „Es war die Friedrich-Ebert-Stiftung [und hier vor allem der damalige stv. Vorsitzende der Stiftung Alfred Nau, Anm. d. Verf.], die darauf drängte und Zustimmung fand, daß die vier anderen vom Parlament und der Bundesregierung geförderten Freien Hochbegabtenförderungswerke, die Stiftung Mitbestimmung der Gewerkschaften, das Cusanuswerk der katholischen Bischöfe, das Evangelische Studienwerk Villigst und die Studienförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, den Grundsatz der Friedrich-Ebert-Stiftung als gleichrangiges Auswahlkriterium für die Förderung begabter Studenten übernahmen, wonach der zu fördernde Student nicht nur eine überdurchschnittliche wissenschaftliche Eignung und eine ausgeprägte charakterliche Reife haben müsse, sondern auch staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein“.⁴⁷ Dies war im Jahr 1956, als die fünf vom Bundesministerium des Innern (später vom Bundesbildungsministerium) mit Mittel zur Begabtenförderung ausgestatteten Werke die Arbeitsgemeinschaft der Begabtenförderwerke gründeten.⁴⁸

44 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1968. Bonn 1969, S. 5.

45 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung 1982. Bonn 1983, S. 91.

46 Ebd., S. 5.

47 FES (Hrsg.): Bericht über die Hochbegabtenförderung und die Sonderstipendien der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1966. Bonn 1967, S. 15.

48 FES (Hrsg.): Bericht über die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1971. Bonn 1972, S. 9.

Gesellschaftspolitisches Engagement



© Katharina Oerder

„Fun with flags“ hat die ehemalige Stipendiätin Katharina Oerder als Vertreterin des Juso-Bundesvorstandes im brasilianischen Wahlkampf 2014.

Das gesellschaftspolitische Engagement ihrer Stipendiät_innen ist der Friedrich-Ebert-Stiftung seit jeher wichtig und bildet neben sehr guten Studienleistungen und einer überzeugenden Persönlichkeit eines von drei gleichgewichteten Auswahlkriterien der Studienförderung. Die FES setzte sich auch dafür ein, dass dieser Punkt bereits 1956 in allen Begabtenförderwerken als Voraussetzung für die Aufnahme galt. So heißt es im Jahresbericht der FES-Studienförderung von 1966: „Es war die Friedrich-Ebert-Stiftung, die darauf drängte und Zustimmung fand, daß die vier anderen vom Parlament und der Bundesregierung geförderten Freien Hochbegabtenförderwerke, die Stiftung Mitbestimmung der Gewerkschaften, das Cusanuswerk der katholischen Bischöfe, das Evangelische Studienwerk Villigst und die Studienförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, den Grundsatz der Friedrich-Ebert-Stiftung als gleichrangiges Auswahlkriterium für die Förderung begabter Studenten übernahmen, wonach der zu fördernde Student nicht nur eine überdurchschnittliche wissenschaftliche Eignung und eine ausgeprägte charakterliche Reife haben müsse, sondern auch staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein“.



© FES Ehemalige e.V.

Laudatorin Gesine Schwan mit den Gewinner_innen des Engagementpreises des FES-Ehemaligen Vereins 2009 aus den Initiativen „Rock Your Life“, „shake! Das Zirkuszelt“ sowie „Somero – Bildung für junge Menschen in Uganda“.

Bis heute sind die Stipendiät_innen der FES vielfältig engagiert als studentische Vertreter_innen an ihren Hochschulen, in Nicht-Regierungsorganisationen und Vereinen für Menschenrechte, Flüchtlingshilfe, Umweltschutz und Bildungsgerechtigkeit, in der Integrations- und/oder Jugendarbeit, in Gewerkschaften oder auch in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bzw. deren Jugendorganisation, um nur einige Beispiele zu nennen. Auch die Strukturen des stipendiatischen Netzwerkes werden genutzt, um sich mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen auseinanderzusetzen. Ehemalige Stipendiät_innen bereichern dieses Netzwerk durch ihr Engagement im Ehemaligenbeirat der Studienförderung oder auch in dem 2004 gegründeten Verein FES-Ehemalige e. V. Dieser vergibt seit 2007 zum Beispiel jährlich den Engagementpreis an soziale Initiativen und Projekte, die Schwache oder Benachteiligte unterstützen.



© Was bildet ihr uns ein?

Rainald Manthe (2. v. l.), FES-Stipendiät in der Promotionsförderung, beim Bildungskongress der Initiative „Was bildet ihr uns ein?“ im April 2014. Die ehrenamtliche, überparteiliche Initiative betreibt u. a. einen Blog, in dem sie die Hürden im deutschen Bildungssystem analysiert und kritisiert. Im Juni 2012 erschien das Buch „Was bildet ihr uns ein? Eine Generation fordert die Bildungsrevolution“.



© FES-Studienförderung

In den Einführungsseminaren für neu aufgenommene Stipendiät_innen tauschen sich diese über ihr Engagement aus. So erfahren sie von neuen Aktivitäten, erhalten Tipps und knüpfen Netzwerke.



© Alexander Mischke

Der FES-Stipendiät Nico Schmolke (1. v. r.) rief den Runden Tisch Johannisthal ins Leben, um rechtsextremistische Schmierereien aus dem Stadtbild zu entfernen. 2013 wurden mehrere Kiezspaziergänge durchgeführt und derartig beschmierte und beklebte Flächen mit bunten Bildern übermalt, die festlich eingeweiht wurden. Mittlerweile entfernen Anwohner_innen die Schmierereien und Schulen gestalten bunte Kästen, sodass es keinen Platz mehr für rechtes Gedankengut gibt.

Bis heute sind die Stipendiat_innen der FES vielfältig engagiert als studentische Vertreter_innen an ihren Hochschulen, in Nicht-Regierungsorganisationen und Vereinen für Menschenrechte, Flüchtlingshilfe, Umweltschutz und Bildungsgerechtigkeit, in der Integrations- und/oder Jugendarbeit, in Gewerkschaften oder auch in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bzw. deren Jugendorganisation, um nur einige Beispiele zu nennen. Auch die Strukturen des stipendiatischen Netzwerkes werden genutzt, um sich mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen auseinanderzusetzen und, vor allem im Bereich Bildung, die stipendiatische Meinung auch nach außen zu vertreten – so zum Beispiel mit Aktionen für mehr Bildungsgerechtigkeit. Auch viele Ehemalige bereichern dieses Netzwerk. Sie engagieren sich im Ehemaligenbeirat der Studienförderung oder auch in dem 2004 von ehemaligen Stipendiat_innen gegründeten Verein FES-Ehemalige e.V. Um die Bedeutung von gesellschaftspolischem Engagement deutlich zu machen, vergibt der Verein seit 2007 jährlich den Engagementpreis an soziale Initiativen und Projekte, die Schwache oder Benachteiligte unterstützen. Bisherige Preisträgerinnen waren unter anderem die Initiativen „Brot am Haken“, „querstadtein“, die „Mannheimer Straßenschule“ und „arbeiterkind.de“.⁴⁹

Henriette Hättich

49 <http://www.engagementpreis.de>

Aktuelle Stipendiat_innen

© FES-Studienförderung



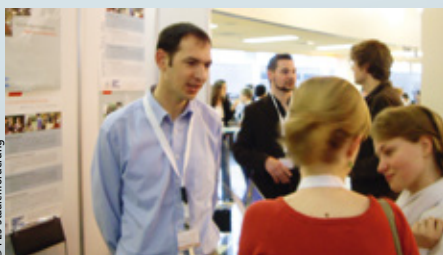
Ali Hotait

Ali Hotait wurde 1977 in Berlin als eines von sechs Geschwistern geboren. Seine Bildungskarriere begann als Hürdenlauf. Nach der Grundschule besuchte er zunächst eine Real-, dann eine Hauptschule. Daraufhin absolvierte er eine Berufsausbildung zum Industriemechaniker und wurde in die Produktion übernommen. Nach einigen Jahren im Beruf entschied er sich jedoch, die Hochschulreife über den Zweiten Bildungsweg nachzuholen.

Er begann ein Studium des Wirtschaftsingenieurwesens an der Beuth Hochschule in Berlin. Anfang 2007, im dritten Semester seines Bachelorstudiums, wurde er in die Grundförderung der FES aufgenommen. Durch die ideelle und finanzielle Förderung konnte er sein Bachelor- und Masterstudium erfolgreich absolvieren. Der Kontakt zu anderen Stipendiat_innen bestärkte zudem seinen Wunsch zu promovieren. Seine Dissertation, die er an der Universität Erfurt ebenfalls mit einer FES-Förderung bearbeitet, beschäftigt sich mit dem Verhandlungsverhalten von Einkäufer_innen im Industriegütermarketing.

Gesellschaftspolitisch hat er sich während seines Studiums als studentischer Vertreter in verschiedenen Gremien engagiert. Außerhalb der Hochschule ist er seit 2011 als SPD-Bezirksverordneter in Berlin Spandau politisch aktiv. Innerhalb der FES engagierte er sich in verschiedenen stipendiatischen Arbeitskreisen wie dem AK Gender und dem AK Bildung. Dort entstand auch die Idee, sich mit seinen Erfahrungen an dem Buchprojekt „Was bildet ihr uns ein?“ zu beteiligen, in dem die Hürden des deutschen Bildungssystems analysiert werden.

© FES-Studienförderung



Ali Hotait als Stipendiat in der Grundförderung bei einer Informationsveranstaltung über die FES-Förderangebote 2008.

© Pauline Schneider



Pauline Schneider

Pauline Schneider wurde 1989 in Potsdam geboren. Nach dem Abitur im Jahr 2009 absolvierte sie zunächst eine Ausbildung zur Kauffrau für Marketingkommunikation in Berlin. Seit 2012 studiert sie an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin Betriebswirtschaftslehre mit den Studienschwerpunkten Umweltmanagement und Marketing, seit dem dritten Semester mit einem Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Im November 2012 gründete sie „HTW hilft“, die Studierendendenkmalinitiative für wohltätige Arbeit an der HTW Berlin. Zusammen mit Kommiliton_innen fördert sie als Vorsitzende der Initiative das ehrenamtliche Engagement von Studierenden. Neben der Organisation von Spendenaktionen zugunsten Berliner Flüchtlinge bietet „HTW hilft“ eine wöchentliche kostenlose Hausaufgabenbetreuung an, für die Lernpatenschaften zwischen Studierenden und Schüler_innen vermittelt werden. Daneben engagiert sich Pauline Schneider im Studierendenparlament der HTW und bei der Naturschutzstation Berlin-Malchow.

Im stipendiatischen Netzwerk der Friedrich-Ebert-Stiftung setzt sie sich in der „Botschafter_innen-Kampagne“ insbesondere für die Gewinnung von Bewerber_innen an Fachhochschulen ein.

© David Reinhaus



Pauline Schneider (Mitte) bei einem Seminar für FES-Stipendiat_innen zu Konfliktmanagement im November 2014.





ISBN 978-3-89892-850-2

